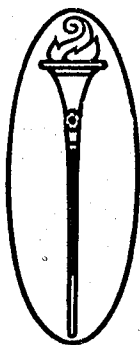


Die Sowjetaktion gegen die Gewerkschaften



DCB - BV
Bücherot
A
330
K
2058
a

Berlin 1920

Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
(C. Legien)

Inhalts-Übersicht.

	Seite
Wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Sowjetvertretern und deutschen Gewerkschaften (Defonomiegesellschaft)	3
Schlapnikoffs Gesuche um Einreisebefürwortung und seine Broschüre	8
Weitere Gesuche um Einreisebefürwortung für russische Deputationen	10
Sinowjews „Schreiben an die Gewerkschaften aller Länder“ mit Einleitung und Schlußbemerkung der „Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz“	11
Lenins Schreiben (empfiehlt List, illegale Methoden) mit Anmerkungen der „Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz“	19
Aufruf des Moskauer „Internationalen Rates der Fachverbände“ und Anmerkung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes	21
Beischluß des U.S.V.D.-Parteitages (rechter Flügel) Halle	24
Wirtschaftliche Verhandlungen mit der Russischen Gewerkschaftsdelegation Losowski und Gen. einschl. stenographisches Protokoll	25
Abschied der Delegation Losowski und Genossen und Einreisebefürwortung für weitere Delegierte	39
Moskauer Telegramm an die Berliner Arbeiterichaft	43
Notschrei des Moskauer Buchdruckerverbandes	44

A/33C/K/2058a

Die „Kommunistische Internationale“ holt zu einem großen Schlag gegen die Gewerkschaftsinternationale, insbesondere aber gegen die deutschen Gewerkschaften aus. Die zahlreichen, mit russischen Kubeln besetzten Agenten werden auf die Gewerkschaften losgelassen, in denen sie kommunistische „Keimzellen“ errichten sollen. Unsere in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebauten Organisationen sollen von der Bahn ruhiger Entwicklung im Dienste der Arbeiterklasse abgedrängt werden, um die politischen Interessen jener Schmarozkerclique zu besorgen, die in Moskau als Nachfolger des russischen Blutzaren eine Schreckensherrschaft errichtet hat, die jenes Niesenreich in tiefstes Elend gestürzt und Millionen russischer Proletarier dem Hungertode ausliefert. Wer an der Wahrheit dieser seit langem aus Rußland herüberkommenden Nachrichten noch gezweifelt hätte, wird aus den Berichten jener deutschen Arbeiter, die ins russische Elend gelockt wurden, eines Besseren belehrt worden sein. Weil diese Gewalt Herrschaft der Erziehung entgegengeht, sollen in erster Linie die deutschen Arbeiterorganisationen, dann aber auch die Gewerkschaften der europäischen Länder, vor den russischen Karren gespannt werden. Die Dokumente und Aufrufe Sowjetrußlands, die wir im nachfolgenden wiedergeben, insbesondere aber auch die deutliche Abfuhr, die den Arbeiterzerpflitterern in der „Schweizerischen Rundschau“ zuteil wurde, entrollen ein ganz klares Bild von den kommunistischen Absichten.

Aber wir sind außerdem in der Lage, über Tatsachen zu berichten, die den wahren Charakter der russischen Kommunistenführer noch von einer anderen Seite zeigen. In dem weiter unten wiedergegebenen stenographischen Protokoll über die Sitzung des Vorstandes des A. D. G. B. mit der russischen Gewerkschaftsdelegation finden die Leser die Ausführungen des Genossen über die Frage der russischen Lokomotivbestellungen in Deutschland. Aus diesem Bericht ergibt sich, daß die deutschen Gewerkschaften in jeder Beziehung bestrebt waren, die Lieferung von Lokomotiven für die arg daniederliegenden russischen Eisenbahnen zu unterstützen. Sie verfolgten damit zwei Ziele: sie wollten den deutschen Metallarbeitern Arbeit beschaffen, die unter der Kontrolle der deutschen Gewerkschaften ausgeführt und geliefert werden sollte, und sie wollten die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland fördern.

Es ist zweckmäßig, einen Rückblick auf diese Vorgänge zu werfen, um chronologisch die Maßnahmen der wirtschaftlichen Sowjetagenten aufzudecken. Denn diese sind ein getreues Spiegelbild auch der politischen Sowjetführer, die um die Gunst der deutschen Arbeiter werben und zu diesem Zwecke die Zerspaltung der Gewerkschaften erstreben.

Zu Beginn des Jahres 1920 hatte Deutschland eine sozialdemokratisch stark durchsetzte Regierung, in der wichtige Ministerien mit deutschen Gewerkschaftsführern besetzt waren. Herr Wigdor Kopp, der „Handelsagent“ Sowjetrußlands in Berlin, und Herr Krassin, der russische Volkswirtschaftskommissar, der in Skandinavien weilte, riefen teils direkt, teils indirekt die Hilfe des Gewerkschaftsbundes an, um mit der Regierung und durch die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der deutschen Industrie in Verbindung zu kommen, die sich damals noch sehr abweisend gegen die Sowjetrussen verhielt. Zuerst waren es Chemikalien, die verlangt wurden. Wir suchten die chemische Industrie, aber auch die Regierung für die Sache zu interessieren, ohne daß wir irgendwelche Vorteile für unsere Gewerkschaften davon beanspruchten oder für Deutschland er-

warteten. Es genügte die uns von den Russen unterbreitete Tatsache, daß in russischen Krankenhäusern die Siechen und Verletzten aus Mangel an Pharmazeutikas und Verbandmaterialien dahinstarben, daß die russischen Kliniker wegen Mangels an Thermometern das Fieber der Erkrankten nicht messen konnten.

Mit dem Ergebnis unserer Bemühungen muß Herr Kopp zufrieden gewesen sein, denn er kam bald mit einem großen Wirtschaftsprogramm, bei dessen Durchführung wir ihm behilflich sein sollten. Wir sollten ihm helfen, in Deutschland Bestellungen auf Lokomotiven, Eisenbahnmateriale, Werkzeugmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen usw. unterzubringen und die Ausführungsgenehmigung bei der deutschen Regierung sicherzustellen. Auch bei der Finanzierung wünschte er unsere Hilfe, denn Rußland konnte, nach seinen Angaben, wirtschaftliche Gegenwerte, Holz, Felle und insbesondere Getreide erst liefern, wenn es Eisenbahnmateriale bekam. (Inzwischen ist freilich die Tatsache bekanntgeworden, daß Sowjetrußlands Getreide nur in den Scheunen der berühmten Potemkinschen Dörfer lagert, denn ganz Rußland mit der einzigen Ausnahme der Sowjetführer hungert.) Durch die Arbeitsgemeinschaft brachten wir auf sein Ersuchen eine Verhandlung mit dem Vorsitzenden der Lokomotivfabrikanten, Herrn v. Borzig, zustande und Kopp beauftragte uns nun, die Verhandlungen weiter zu führen. Inzwischen hatte aber Herr Krassin in Kopenhagen Beziehungen zu Krupp angeknüpft, der dem Fabrikantenverband noch nicht angehörte, und auch Herr Kopp verhandelte selbst mit anderen Lokomotivfirmen, die plötzlich sehr sowjetfreundlich geworden waren, als sie entdeckten, daß sonst die Aufträge für die deutsche Industrie durch die Gewerkschaften gehen würden. Von ihrem Standpunkt aus mußte das verhindert werden.

Herr v. Borzig machte nun geltend, daß der Fabrikantenverband nicht mit der gewerkschaftlichen Oekonomiegesellschaft verhandeln könnte, wenn die Russen zugleich an mehreren Stellen und auch mit Außenseitern direkt verhandelten. Die Deutsche Oekonomiegesellschaft erklärte nun Herrn Kopp, daß sie nur dann sich weiter mit der Angelegenheit befassen würde, wenn sie Alleinvollmacht für die Verhandlungen erhielt und die Sonderverhandlungen eingestellt wurden. Herr Kopp muß aber sehr daran gelegen haben, die Unterstützung der Oekonomiegesellschaft zu erlangen, denn er erteilte nicht nur die verlangte Generalvollmacht, sondern er bot auch der Deutschen Oekonomiegesellschaft eine feste Provision an, die er in der Vollmacht zugleich fixieren wollte. Die Oekonomiegesellschaft lehnte die Fixierung eines bestimmten Satzes zunächst ab, weil es ihr unmöglich war, die ihr bei der Transaktion entstehenden Kosten zu übersehen. Schon die erste Offerte, die sie für die damals einzig möglich erscheinende Ueberbringung des russischen Goldes von Moskau nach einer deutschen Zwischenstation — in Deutschland konnte das Gold nicht bleiben — erhielt, belief sich auf nicht weniger als 6 Proz. des Goldwertes. Dazu wären dann die weiteren Ausgaben für die Neutralisierung und Verwertung des Goldes gekommen, die nicht zu übersehen waren. Gerade die Goldfrage — 50 Proz. sollten nach dem Verlangen der Fabrikanten im voraus gezahlt werden, bevor sie den Auftrag übernahmen — machte aber die größten Schwierigkeiten, weil das Gold als solches, um nicht auf Grund des Friedensvertrages der Entente in die Hände zu fallen, nicht deutsches Eigentum werden durfte. Die Deutsche Oekonomiegesellschaft mußte daher, da ihre Weisfische bei der Finanzierung ausdrücklich von Kopp gewünscht wurde, neutrale Treuhänder beschaffen, was ihr auch gelang.

Inzwischen erschien ein neuer Sowjetvertreter in Skandinavien und Deutschland: Professor Lomonossow. Zu den vielen anderen russischen Agenten, die mit den Lokomotivbauanstalten verhandelten, gesellte sich dieser äußerst wohlgenährte russische Proletarier in Berlins feinstem Luxushotel hinzu. Auch er gab an, der Hilfe der Gewerkschaften bedürftig zu sein, um zum Abschluß zu kommen. Er führte sich bei der ersten Besprechung mit der Versicherung ein, kein Kommunist zu sein, sondern im Interesse seines Vaterlandes zu handeln. Er verlangte die von Herrn Kopp, dem er ein wenig günstiges Zeugnis ausstellte, der Deutschen Oekonomiegesellschaft erteilte Generalvollmacht zu sehen. Sein Wunsch wurde erfüllt. Er erhielt die Vollmacht und einen Brief Krassins, von dem leider keine Abschrift ge-

nommen ist, im Original, ein Beweis dafür, welches Vertrauen den Vertretern der Sowjetregierung entgegengebracht wurde. Die Schriftstücke wurden von Lomonosoff nach Moskau gesandt. Trotz wiederholter Aufforderungen sind sie noch immer nicht ihrem Eigentümer zurückgegeben worden, obgleich ungehinderte Kurierverbindung zwischen den Sowjetvertretern und ihrer Regierung vorhanden ist.

Allein, diese würdigen „Befreier“ des Proletariats, deren Geschäftsmethoden ebenso unsauber sind wie ihre politischen Methoden, irren sich. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter waren durch ihre Erfahrungen mit den mündlichen Aufträgen des Herrn Ropp gewarnt worden und hatten die Generalvollmacht *notariell* aufnehmen lassen. Diese von Herrn Wigdor Ropp am 15. Mai 1920 unterzeichnete Vollmacht hat folgenden Wortlaut:

„Als Vertreter der russischen Sowjetregierung bevollmächtige ich hiermit die Deutsche Oekonomiegesellschaft G. m. b. H., Berlin NW. 7, Unter den Linden 68a, für Rechnung der russischen Regierung mit den deutschen Lokomotivfabrikanten und deren Organisation alle Verhandlungen zu führen, die zwecks Abschlußes einer Lieferung von bis zu 1000 Güterzuglokomotiven für die russischen Eisenbahnen notwendig werden.

Ueber den Gang der Verhandlungen hat die Deutsche Oekonomiegesellschaft mich auf dem laufenden zu halten, mich bzw. die von mir benannten Sachverständigen zu den wichtigeren Besprechungen der kaufmännischen und technischen Einzelheiten hinzuzuziehen und zu etwelchen Abmachungen meine Zustimmung erst einzuholen.

Diese Vollmacht gilt als Generalvollmacht. Sie schließt ebenfalls die Ermächtigung ein, alle mit der deutschen Regierung, den deutschen Banken und den deutschen Gewerkschaften zwecks Sicherstellung und schnellerer Herbeiführung der Lieferung notwendig werdenden Verhandlungen zu führen. Ich werde ohne Hinzuziehung der Deutschen Oekonomiegesellschaft weder selbst, noch durch besondere Beauftragte mit den Lokomotivfabrikanten, deren Organisation oder den anderen benannten Stellen Verhandlungen führen.

Sobald ein eventueller Abschluß getätigt ist, soll die Deutsche Oekonomiegesellschaft ebenfalls bevollmächtigt sein, die Lieferung der Lokomotiven zu kontrollieren, die Finanzierung derselben zu vermitteln und alle sonstigen mit der Lieferung zusammenhängende Details zu regeln.“

Diese Vollmacht spricht klar aus, was man von den deutschen Gewerkschaften verlangte und was diese im Interesse der Sache zu erfüllen bereit waren. Sie sollten:

1. Alle Verhandlungen mit den Fabrikanten, den Banken und der deutschen Regierung führen,
2. die Lieferung der Lokomotiven kontrollieren,
3. die Finanzierung vermitteln, und
4. alle sonstigen mit der Lieferung zusammenhängenden Details regeln.

Wie f. Bt. Herr Ropp verlangte Prof. Lomonosoff ebenfalls die Festsetzung einer Provision für die Deutsche Oekonomiegesellschaft, die mit der oben benannten Transaktion bebraut war. Diese hatte inzwischen einen Weg für die Verwandlung des russischen Goldes in für Deutschland gangbare Rubla ausfindig gemacht. Da die im Gold erfolgende Finanzierung selbst von ihr als deutsche Firma wegen des Versailler Friedensvertrages nicht gemacht werden konnte, war wohlweislich in der Generalvollmacht ihre Mitthilfe auf die Vermittlung der Finanzierung beschränkt worden. Sie hatte die Möglichkeit eröffnet, das russische Gold in Neval auf einen neutralen Drehhändler zu übertragen, der die sofortige Verwertung des Goldes durch ein internationales Finanzinstitut größten Nanges übernehmen wollte. Die entstehenden Kosten wurden uns auf 1 bis 1½ Proz., ohne die Kosten für Wechseldiskontierungen usw., die uns nach der Vollmacht auch nichts angingen, genannt. Genosse Regen erklärte daher dem Herrn Lomonosoff, daß die Deutsche Oekonomiegesellschaft aus der Transaktion keine Gewinne ziehen wolle, sie würde ihre Selbstkosten berechnen, die nicht über 2 Proz. betragen würden. Dagegen hatte

Herr Komonoff, der augenscheinlich an ganz andere Provisionen gewohnt war, keine Anwendungen zu machen. Er verlangte aber eine schriftliche Erklärung zur Weitergabe nach Moskau, weil angeblich seine Auftraggeber in Moskau von Herrn Ropp über diese Fragen nicht richtig informiert worden seien. Genosse Regien gab ihm sofort folgende Erklärung, die zugleich von dem zweiten Gesellschafter der Deutschen Oekonomiegesellschaft, Dr. Aschberg, mitunterzeichnet wurde.

1. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird bei der Lieferung von Lokomotiven für die russische Regierung Hilfe leisten.
2. Diese Hilfe kann nur dann effektiv sein, wenn die Bestellung durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an die deutsche Industrie geht. In diesem Falle sollen alle erforderlichen Transaktionen durch die von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund geschaffene Deutsche Oekonomiegesellschaft gehen.
3. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird der russischen Regierung eine Offerte über Lieferung der Lokomotiven bestimmter Typen vermitteln. Diese Offerte wird nicht höher sein als die der deutschen Lokomotivfabrikanten.
4. Die Deutsche Oekonomiegesellschaft wird höchstens 2 Proz. Provision berechnen, nicht eingeschlossen Ankosten für die nötige Finanzierung, Versicherung durch Transporte und Wechsel, Zinsen für die Kredite, Stempel."

Die Sachlage war so klar wie nur möglich: Die Gewerkschaften verzichteten auf eigene Gewinne aus der Transaktion und verlangten als Ersatz der ihnen bei ihrer durch die Generalvollmacht festgesetzten Tätigkeit entstehenden Kosten eine Provision, d. h. auf Grund der uns gewordenen Mitteilungen über die Kosten für die Vermittlung der Goldüberführung in von der Entente unangreifbare Hände auf 2 Proz. als Höchstbetrag angegeben werden konnte. Wären trotzdem, da es sich um Miesenträge handelte, Ueberschüsse dabei erzielt worden, so wären sie nicht Privatkapitalisten, sondern den deutschen Arbeitern und ihren Gewerkschaften zugeflossen. Es kann dabei vielleicht noch erwähnt werden, daß Herr Ropp bei den mit ihm geführten Verhandlungen ausdrücklich die Frage aufwarf, ob wir nicht in irgendeiner Form Prämien an die Arbeiter für schnelle und pünktliche Lieferung vereinbaren könnten. Also, an der Tatsache, daß bei der Transaktion ein Gewinn für die deutschen Arbeiter resp. ihre Organisationen entstehen könnte, kann sie nicht geschrieben sein.

Aber die russischen Vertreter hatten andere Gründe. Sie brauchten s. Bt. die deutschen Gewerkschaften, um überhaupt Beziehungen zur deutschen Regierung und zur deutschen Industrie zu erlangen — als Herr Ropp nach Berlin kam, erhielten die Sowjetvertreter noch lange nicht Einreiseerlaubnis nach England! Und auch die deutschen Unternehmer stellten sich durchaus nicht freundlich. Inzwischen gelang es den Russen, mit den Engländern Verhandlungen anzuknüpfen. Die deutschen Industriellen bangten davor, daß die Engländer ihnen zuvorzukommen könnten und wurden verhandlungsbereit. Aber sie lehnten unter Führung von Krupp die deutschen Gewerkschaften als Zwischenglied und vor allem als Kontrollorgan ihrer geschäftlichen Transaktionen ab, so wie es die ihnen bekannte Generalvollmacht des Herrn Ropp vorsah. Den deutschen Großkapitalisten kann man, von ihrem Standpunkt aus betrachtet, daraus keinen Vorwurf machen — die Sowjetagenten aber, die sich als Vertreter des russischen Proletariats aufspielten, gingen hin und schlossen mit den schlimmsten Scharfmachern in Deutschland, den Großindustriellen der Metallindustrie, Lieferungsverträge unter Ausschaltung der deutschen Arbeiterorganisationen ab.

Und sie scheuten dabei durchaus nicht die Zahlung von hohen Provisionen. Denn nach Mitteilungen, die uns aus den Kreisen der österreichischen Lokomotivfabrikanten, mit denen die Sowjetleute ebenfalls Verhandlungen anknüpften, zugegangen sind, sollen sie bei den Abschlüssen mit den deutschen Kapitalisten eine Zwischenhand eingeschoben haben, die 2½ Proz. erhalten soll. Es sei die Frage erlaubt: Wofür, für wen? Etwa zur Verteilung unter den Heißhunden des Nichtkommunisten und glühenden russischen Vaterlandsfreundes, des einstigen wirt-

schafflichen Vertrauensmannes der blutdürstigen zaristischen Kamavilla, Professor Romonoff?

Freilich haben die russischen Herren ihr Geschäft nicht gemacht. Als sie die deutschen Gewerkschaften ausgeschaltet hatten, war ihnen der einzige damals noch mögliche Weg zur Leistung der Sicherung verschlossen, die von der deutschen Industrie gefordert wurde und gefordert werden mußte. Der Weg über England, den sie gehen wollten, gelang nicht. Wir haben keine Ursache, uns dessen zu freuen, denn dadurch ist vielen Tausenden deutscher Arbeiter eine willkommene Arbeitsgelegenheit verloren gegangen und der so notwendige wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands hinausgeschoben. Aber es ist notwendig, den Schleier zu lüften und den deutschen Arbeitern die russischen Kommunisten so vorzuführen, wie sie in Wirklichkeit sind. Nicht nach ihren schwammigen Reden und Schriften, die das russische Elend als ein Himmelreich vorschwindeln, sind sie zu bewerten, sondern nach ihren Taten.

Sie schalten die deutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften von der Kontrolle der Industrie aus, wo sie Lieferungsverträge zu vergeben haben, und machen gemeinsame Sache mit den deutschen Großkapitalisten!

So die politischen Agenten der Sowjetregierung, die beauftragt waren, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wiederherzustellen.

Und die Gewerkschaftsführer? Auf die in der Sitzung am 2. Oktober gestellte Frage, seit wann sie in der gewerkschaftlichen Bewegung Rußlands tätig seien, erfolgte die verblüffende Antwort: Seit 1917! Die gewerkschaftliche Bewegung in Rußland begann aber nach der ersten Revolution 1905 sich in größerem Umfange zu entwickeln. Zunächst legal, dann illegal. Suchte doch selbst die russische Regierung 1905 Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Ein russischer Staatsrat erkundigte sich damals im Bureau der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, wie man Gewerkschaften schaffen könne. Er glaubte sie durch die Gewerbeinspektoren ins Leben rufen zu können. Die Generalkommission erklärte ihm, nachdem der Entwicklungsgang der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland eingehend dargelegt war, daß Gewerkschaften keine Kunstprodukte seien. Man solle den russischen Arbeitern nur das volle Koalitionsrecht geben, die Gewerkschaften würden sie sich dann schon selber schaffen. Und sie haben sie geschaffen, trotz der Reaktion und aller Drangsal, wenn sie auch nicht voll zur Geltung kommen konnten. Das war die Zeit des Kampfes, der Not und der Gefahr, in der man lernen konnte, den Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften zu schätzen. Nach 1917 bestanden diese Gefahren nicht. Sie sind heute, wie das in den nachfolgenden Dokumenten angeführte Beispiel der Buchdrucker in Moskau zeigt, höchstens für die Gewerkschaften vorhanden, die es ernst mit ihren Aufgaben meinen.

Nun kann nicht jeder in dieser Zeit des Kampfes mitgewirkt haben und wir freuen uns der heranwachsenden tätigen jugendlichen Kräfte. Aber die Herrschaften sollen nicht nach Deutschland kommen, um die Gewerkschaften, die im Kampf groß geworden sind, darüber zu beschren, was eigentlich eine gewerkschaftliche Organisation ist und was sie zu tun hat. O Ironie des Schicksals! Die Agenten Moskaus unterfeinden sich bei ihren Anforderungen nicht von den ehemaligen Gelben in Deutschland, denen die Gewerkschaften heute auch nicht radikal genug sind und denen sie, die ehemaligen Feinde der gewerkschaftlichen Bewegung, glauben neue Wege weisen zu müssen. Wer weiß, ob diese Leute nicht wieder von der gelben Suche befallen werden, wenn es der Agitation von Moskau gelingt, die Gewerkschaften Deutschlands zu zertrümmern und die Arbeiterschaft der Reaktion wehrlos preiszugeben. Dank der Zerstörung der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands zeigt sich die Reaktion immer gefährlicher. Nur die Geschlossenheit der Gewerkschaften wird verhindern, daß die Arbeitnehmerschaft in das alte Hörigkeitsverhältnis zurückfällt. Wer diese Geschlossenheit zu stören sucht, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.

Daß diese Zerstörung von Moskau aus beabsichtigt ist, zeigen die Dokumente, die wir ohne Bemerkung im Wortlaut hier folgen lassen.

Am 29. März 1920 wurde im Bureau des Bundesvorstandes ein „Berlin-Engelauer 15“ adressiertes Telegramm in französischer Sprache von der Post abgegeben, das folgenden Wortlaut hat:

„Ein Vertreter des Generalrats der russischen Gewerkschaften möchte nach Ihrem Lande kommen, um Ihre Arbeiterorganisationen über die allgemeine Tätigkeit unserer Gewerkschaften zu unterrichten. Telegraphieren Sie Antwort nach Christiania, Folketshus. Gleichzeitig bitten wir alle Ihre Veröffentlichungen in drei Abdrucken an die gleiche Adresse zu schicken. Alle Ausgaben werden sofort nach Eingang der Rechnung ersetzt. Brüderliche Grüße. Alexander Schlapnikoff.“

Der Absender war hier nicht bekannt, auch nicht durch eine ausländische Gewerkschaftszentrale legitimiert. Ihm wurde die telegraphische Antwort:

„Vertreter russischer Gewerkschaften soll kommen. Gewerkschaftsbund.“

Am 12. April 1920 lief folgendes weitere Telegramm aus Stockholm ein: „Gewerkschaftsbund, C. Regien, Lindenstr. 3, Berlin. Ihr Telegramm erhalten, bin in Stockholm, bis 15. April bitte bei deutsche Regierung Telegramm an Konsulat Stockholm auswirken, daß ich Passivum bekomme. — Schlapnikoff.“

Am 16. April 1920 kam wieder ein Telegramm an die gleiche Adresse:

„Paß wird noch immer verweigert bei deutschem Konsulat hier, bitte Antwort — Schlapnikoff.“

Inzwischen hatte ein Vertreter des Bundesvorstandes eine Rücksprache mit dem Minister des Auswärtigen. Schlapnikoff erhielt die Einreiseerlaubnis, reiste in Deutschland umher und sprach in Versammlungen. Der Bundesvorstand erfuhr vom Eintreffen und Wirken Schlapnikoffs in Deutschland nur aus den Presseberichten und wurde erst einige Wochen später, Ende Mai, von ihm mit einem Besuch beehrt. Eine Besprechung zwischen ihm und einigen Bundesvorstandsmitgliedern erstreckte sich auf die allgemeinen Verhältnisse Sowjetrußlands. Er hielt es offenbar für ganz einwandfrei und selbstverständlich, zunächst die Hilfe des Bundesvorstandes bei der Einreise in Anspruch zu nehmen, obwohl, wie sich aus seiner seitherigen Tätigkeit ergab, der Zweck seiner Reise anderen Zielen galt, als der Aufnahme der Verbindung mit der deutschen Gewerkschaftszentrale. Ende Mai nahm er noch die Hilfe des Bundesvorstandes in Anspruch, um bei der Ausreise Ausfuhrerlaubnis für zahlreiche Druckfachen zu erhalten und der Grenzkontrolle zu entgehen.

Kurz darauf erschien die Schrift Schlapnikoffs: „Aus der Gewerkschaftsbewegung in Rußland bis zur Eroberung der Macht.“*) Diese Schrift ist eine Kampfansage gegen die westeuropäischen Gewerkschaften und die Internationale in Amsterdam in schärfster Form. Sie enthält auch Schmähungen gegen den Genossen Regien, dessen Hilfe zu gleicher Zeit in Anspruch zu nehmen Schlapnikoff sich nicht schonte. Regien ist nach seiner Meinung eine „Stütze der bürgerlichen Klasse“. „Die alten opportunistischen Führer sind geistige Sklaven ihrer Regierungen, ihrer Bourgeoisie“, Führer, die „fortwährenden Betrug“ verüben, „demoralisiert“ sind, „verräterische Politik“ getrieben und viele Jahre ein „schändliches Benehmen“, eine „Nichtswürdigkeit im Benehmen“ gezeigt haben. In dieser Tonart ist der Schlußabsatz der Schrift gehalten, wo aufgefordert wird, „innerhalb der einheitlichen gewerkschaftlichen Bewegung zwei Lager“ zu schaffen. Diese Trennung habe begonnen, und „dieser gesunde Prozeß“ müsse „unbedingt mit dem Siege der Klassenkampfpolitik“ enden.

Die Schrift gibt auch Richtlinien wieder, die zwei Monate nach dem revolutionären Sieg der Bolschewisten ein russischer Gewerkschaftskongreß am 7. bis 14. Januar 1918 aufgestellt hat. Ueber die internationalen Beziehungen heißt es da unter anderem, der Kongreß betrachte als seine Aufgabe, für die „Wiedergeburt der internationalen gewerkschaftlichen Bewegung“ einzutreten, einen allgemeinen internationalen Gewerkschaftskongreß und „eine ganze

*) Chemnitzer Druck- und Verlagsanstalt G. m. b. H., Chemnitz, Schützenstr. 23.

Reihe" internationaler Industrie-Kongresse einzuberufen. (Seite 17.) An anderer Stelle wird bedauert, daß man noch nicht imstande war, dies Programm durchzuführen (Seite 25) und mit den Gewerkschaftsorganisationen in anderen Ländern in Verbindung zu treten.

* * *

Zu der Broschüre von Schlapnikoff brachte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 18. September 1920 die folgenden Bemerkungen über die Bedeutung der russischen Gewerkschaften:

„Zu dem Artikel des Genossen A. Grigorjanz über „Russische Gewerkschaften“ in Nr. 469 des „Vorwärts“ sei hier noch eine kurze Ergänzung gebracht. A. Schlapnikoff, der Vertreter der russischen Gewerkschaften, sagt in seiner vor kurzem erschienenen Broschüre: „Aus der Gewerkschaftsbewegung in Rußland bis zur Eroberung der Macht“ auf Seite 20 das Folgende:

„Nun können wir (also die russischen Gewerkschaften) stolz sagen, daß wir die ganze Wirtschaft übernommen und Verwaltungsorgane für dieselben geschaffen haben. Der Privatbesitz der Produktionsmittel ist abgeschafft, die Grundstücke der Gutsbesitzer und des Zaren sind nationalisiert. Fabriken, Gruben, Schächte und Werkstätten, die ganze Handelsflotte ist von den Kapitalisten expropriert. Aus der kapitalistischen Anarchie und den konkurrierenden Wirtschaften schufen wir eine einzige Volkswirtschaft.“

Diese Feststellung soll doch wohl heißen, daß Industrie und Landwirtschaft in Rußland sozialisiert, die Gewerkschaften aber die Träger der Produktion sind.

Auch aus Darlegungen an anderen Stellen der Schrift Schlapnikoffs ergibt sich, daß die Gewerkschaften Organe der russischen bolschewistischen Partei bzw. die wirtschaftliche Exekutive der Sowjetregierung sind, nicht aber Vereinigungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wie unsere Gewerkschaften.

Über die Stärke der russischen Gewerkschaften gibt Schlapnikoff gleichfalls Aufschluß. In einem fast ausschließlich agrarischen Lande wie Rußland dürfen starke Landarbeiterorganisationen in den „sozialisierten“ ländlichen Betrieben nicht fehlen. Es sind nach Schlapnikoff 60 Millionen Desjatinen Boden der Gutsbesitzer und privaten Besitzer „nationalisiert“ worden. Die Mitgliederzahlen der auf dem allrussischen Kongress am 14. Februar 1918 vertretenen Gewerkschaften gibt Schlapnikoff auf Seite 14 seiner Schrift wie folgt an:

„Der allrussische Arbeiterverband der Metallarbeiter	600 000	Mitglieder
Textilarbeiter	500 000	„
Lebendarbeiter	200 000	„
Verband der jungen Angestellten der staatlichen und allgemeinen Einrichtungen	180 000	„
Verband der chemischen Arbeiter	150 000	„
Seelente, Matrosen der Handelsflotte	150 000	„
usw. usw.		
	im ganzen 2 6 8 8 1 2 Mitglieder“	

Man bedient sich wie üblich, wenn man keine genauen Angaben machen kann, abgerundeter Ziffern. Von der Gewerkschaft der Landarbeiter aber ist überhaupt keine Rede. Es sei denn, die Landarbeitergewerkschaft ist in dem „usw. usw.“ mit einbegriffen, also unter vielen weiteren Gewerkschaften mit insgesamt 858 312 Mitgliedern, die nicht spezialisiert aufgeführt wurden. Danach tritt die für das agrarische Rußland wichtigste gewerkschaftliche Organisation überhaupt nicht in Erscheinung. Diese Feststellung aus Schlapnikoffs Broschüre dürfte den Beweis erbringen, daß es sich bei der Schilderung der russischen Gewerkschaftsbewegung um eine einfache Irreführung handelt, wenn in der Broschüre mit Stolz davon gesprochen wird, daß die russischen Gewerkschaften die ganze Wirtschaft übernommen haben. Ob diese Irreführung der deutschen Arbeiter bewußt oder in gutem Glauben erfolgt, lassen wir dahingestellt sein. Nach den Erfahrungen, die wir mit den Delegierten der Sowjetregierung bezüglich Abschluß von Aufträgen an die deutsche Industrie gemacht haben,

sind wir geneigt anzunehmen, daß eine bewußte Täuschung der deutschen Arbeiterklasse vorliegt.

Ueber das Rechtsmittel des Vertreters der Sowjetregierung mit den Privatunternehmern Deutschlands später, wenn die Sache spruchreif geworden ist."

* * *

Am 22. Juni 1920 schickte Schlapnikoff aus Kopenhagen einen Kartengruß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Engelshufer 15, Berlin." Der Text lautete: „Grüße an alle. A. Schlapnikoff.“ Er hatte drei Tage vorher dem Bundesvorstand wieder ein Anliegen unterbreitet, und die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, an die er sich gleichfalls gewendet hatte, unterstützte das Ansuchen. Das Antwortschreiben an die Ortsverwaltung ergibt den Sachverhalt:

Nr. 2125/20.

Berlin, den 23. Juni 1920.

An den Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin

Berlin N. 54.

Werte Genossen!

In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 21. d. M. benachrichtigen wir Sie, daß uns auch von Genossen Schlapnikoff aus Kopenhagen am 19. Juni 1920 das telegraphische Ansuchen zugegangen ist, für die in Ihrem Schreiben genannten fünf Vertreter der russischen Metallarbeiter Einreiseerlaubnis zu erwirken. Wir haben darauf beim Auswärtigen Amt um die Genehmigung der Einreise nachgesucht und hoffen, daß auch beim Wechsel in den Ministerien dem Ansuchen stattgegeben wird.

Mit Gruß!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Auswärtige Amt erklärte, dem Antrag auf Ausstellung der Einreiseerlaubnisse nicht näherzutreten zu können, weil inzwischen die fünf russischen Delegierten, für die Schlapnikoff schon von Christiania aus den Antrag gestellt hatte, aus Norwegen ausgewiesen seien. Schlapnikoff hatte am 24. Juni nochmals beim Bundesvorstand in dieser Sache telegraphisch angefragt.

Eine neue fünfgliedrige russische Delegation hatte im August aus Schweden an Genossen Rusch dringend um Maßnahmen zur Ermöglichung der Einreise nach Deutschland depechiert. Der Bundesvorstand überließ es dem Adressaten, seine Aufgabe zu erfüllen, befristete aber nochmals am 31. August die Einreise Schlapnikoffs, nachdem aus Stockholm vom schwedischen Metallarbeiterverband darum nachgesucht wurde. Die Einreiseerlaubnis, zu der das Auswärtige Amt bereit war, konnte nicht mehr ausgestellt werden. Schlapnikoff war nach einer Mitteilung des schwedischen Metallarbeiterverbandes aus Schweden ausgewiesen worden. Zur gleichen Zeit hatte der Bundesvorstand auf dringendes Ansuchen der Berliner Gewerkschaftskommission (an die sich die Delegation gewendet hatte) das Einreiseverbot für Losowski und vier Genossen befristet, der auf dem Betriebsrätekongreß herausfordernd auftrat und nach zwölfstägigem Aufenthalt in Deutschland sich an den Bundesvorstand wendete, um Verhandlungen zu führen. Das Protokoll dieser Sitzung ist nachstehend mit zum Abdruck gebracht. Das Verhalten der russischen Delegierten zeigte, daß sie getreu der Anweisung Lenins handelten:

„Man muß zu jeglichen Opfern bereit sein, sogar — falls es nötig ist — verschiedene Winkelzüge, List, illegale Methoden, Verschweigen, Verbergen der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben, innerhalb derselben um jeden Preis kommunistische Tätigkeit zu entfalten.“

* * *

Die „Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz“, Publikationsorgan des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, brachte in der Augustausgabe ein Schreiben S i n o w j e w s, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das hier mit der Einleitung und der Schlussbemerkung der „Rundschau“ wiedergegeben sei:

Moskau—Amsterdam.

Der Streit für oder gegen die Dritte Internationale, der die politischen Arbeiterparteien zum Teil gespalten hat, zum Teil zu spalten droht, scheint auch auf die Gewerkschaften übergreifen zu wollen.

Zwar hat der Internationale Gewerkschaftsbund als eine der ersten Arbeiterorganisationen das Band der Solidarität wieder geknüpft und sich eine Verfassung gegeben, die Gewähr bietet, daß bei aller Respektierung der Landeseigentümlichkeiten, der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung wie des Temperaments und des allgemeinen Bildungsniveaus, die proletarische Solidarität an erste Stelle tritt.

So wenig allerdings, wie man vom einzelnen Arbeiter verlangen kann, daß er mit dem Ausfüllen des Aufnahmescheins sich aller Pflichten in der Gewerkschaft bewußt ist, so wenig ist das der Fall in der internationalen Bewegung. Die verschiedenartigen Verhältnisse wirken verschiedenartig. Insbesondere der Mangel an Kontakt ließ oft die internationale Solidarität verkümmern. Unbestreitbar ist jedoch, daß gerade die Amsterdamer Konferenz den Solidaritätsbegriff mächtig angeregt hat. Erinnern wir an den Widerstand, den die Entente der Forderung der Einladung der Vertreter der Zentralstaaten an die Washingtoner Konferenz entgegengekehrt hat. Er wurde gebrochen dank der Solidarität der internationalen Arbeiterschaft, insbesondere der „Erbsfeinde“ der Deutschen, der Franzosen. Erinnern wir an den kürzlich über Ungarn verhängten Boykott, der bei den noch wenig stabilisierten Verhältnissen eine starke Belastungsprobe für die Betätigung der internationalen Solidarität bedeutet.

In der Amsterdamer Konferenz im August 1919 waren außer von Rußland, Italien und Ungarn alle bedeutenden Gewerkschaftsverbände Europas vertreten. Den Italienern war das Paßvisum durch Frankreich verweigert worden; die Ungarn konnten nicht erscheinen wegen der schwierigen Lage im Lande; sie erklärten aber unverzüglich den Anschluß an die Internationale. Die Russen waren eingeladen. Sie erschienen jedoch nicht und ließen auch nichts von sich hören.

Im Sommer 1918 befand sich zwar ein Vertreter der russischen Gewerkschaften zwecks Anknüpfung von Beziehungen mit den Gewerkschaften Westeuropas und zwecks Organisation einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in der Schweiz. Er nahm an einer Sitzung des Bundeskomitees und des Gewerkschaftsausschusses teil, und wir hoffen, von ihm Aufschlüsse über die russischen Gewerkschaften zu erlangen. Leider war das nicht der Fall. Er lieferte auch die versprochenen Berichte nicht.

Im März 1920 erhielten wir von Stockholm aus eine telegraphische Einladung zum Kongreß der alkrussischen Gewerkschaften in Moskau — 5 Tage vor Beginn des Kongresses. Natürlich konnte keine Rede davon sein, die Frage der Delegation innerhalb so kurzer Frist auch nur zu besprechen.

Kurze Zeit danach wandten wir uns brieflich an den russischen Sowjetvertreter in Stockholm, dessen Name uns durch die vorher durch ihn ergangene Einladung bekannt geworden war, um von ihm die Stellungnahme der russischen Gewerkschaften zu der vom Internationalen Arbeitsamt geplanten Studienreise nach Rußland zu erfahren. Gleichzeitig fragten wir nach den Umständen, unter denen eine besondere Delegation der schweizerischen Gewerkschaften nach Rußland reisen könnte. Genosse Friedrich Ström, Vertreter der Sowjetregierung in Stockholm, gab eine allgemeine Orientierung; im übrigen schrieb er, er habe unsern Brief dem Vertreter der russischen Gewerkschaften in Christiania, Schlapnikoff, zur Beantwortung übermittelt. Die Antwort ließ volle drei Monate auf sich warten.

Nun erscheint in der in Moskau (Krem) und in Petrograd (Smoln) offiziös herausgegebenen „Kommunistischen Internationale“, die uns letzter Tage zufällig zu

Besicht genommen ist ein „Schreiben an die Gewerkschaften aller Länder“, das zum größten Teil im „Basler Vorwärts“ abgedruckt wurde, in dem zu den westeuropäischen Gewerkschaften in einem Ton Stellung genommen wird, den man bisher im internationalen Verkehr nicht gewohnt war.

Um uns nicht dem Verdacht auszusetzen, wir hätten Grund, irgend etwas zu verheimlichen, drucken wir das Schreiben vollinhaltlich ab:

Schreiben an die Gewerkschaften aller Länder.

Ueber zehn Millionen Mitglieder zählten die Gewerkschaften am Vorabend des 4. August 1914, als das imperialistische Gemetzel ausbrach. Trotzdem aber haben die Gewerkschaften diesem imperialistischen Blutbad fast nirgends einen auch nur annähernd ernstlichen Widerstand geleistet. Im Gegenteil, in den meisten Fällen stellten die Führer der damaligen Gewerkschaftsbewegung sich selbst und ihre Organisationen bedingungslos den bürgerlichen Regierungen zur Verfügung. Der gesamte Apparat der alten Gewerkschaften wurde in den Dienst des imperialistischen Oberkommandos gestellt. Alle Arbeiterschutzesetze wurden von der Bourgeoisie in vollem Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern aufgehoben. Zwangsarbeit, die sich selbst auf 60jährige Greisinnen erstreckte, wurde von der Bourgeoisie unter Gutheißung derselben Gewerkschaftsleiter eingeführt.

Außerdem aber stellten die Führer der alten Gewerkschaften ihre Organisationen auch unter das geistige Joch der Bourgeoisie. Die von den alten Gewerkschaften herausgegebenen Blätter und Zeitschriften segneten die Arbeiter zum Tode im Namen der Interessen des Kapitals. Sie wiederholten die bürgerliche Lüge von der „Vaterlandsverteidigung“. Ueberall erschienen sie unter den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Träger der bürgerlichen Ideen. Von der Gangrän des Opportunismus zerrissen, von ihren Führern verraten, erzogen in der Treibhausatmosphäre des friedlichen Reformismus, erwiesen die alten Gewerkschaften sich außerstande, auch nur irgendeinen Protest gegen das imperialistische Gemetzel zu organisieren.

Die von den Regien geführten sogenannten „freien“ Verbände verschmolzen sich tatsächlich mit den verräterischen gelben Verbänden, den Streikbrecherlieferanten.

Nun aber ist der Krieg zu Ende. Der auf Kosten der Völker geschlossene imperialistische Friede hat selbst den Blinden gezeigt, welche Zwecke dieser imperialistische Krieg verfolgte. Die Heere sind abgerüstet, die Arbeiter kehren in ihre Organisationen zurück.

Was wird jetzt aus den Gewerkschaften? Welchen Weg werden sie nun einschlagen?

Die alten Gewerkschaftsführer sind bestrebt, die Verbände aufs neue in bürgerliche Wege zu lenken. Den Reihlen der „Führer“ der alten Gewerkschaftsbewegung sind die verabscheuungswürdigsten Genossen der Arbeiterklasse, wie Noske in Deutschland oder Peidl in Ungarn, entsprungen. Soll'en diese Umstände ihnen günstig sein, so werden die Herren Jouhaug in Frankreich, die Herren Compers in Amerika morgen zu eben solchen Noske, zu eben solchen Genossen der Arbeiterklasse werden, wie wir sie schon in so manchem Lande gesehen haben.

Welche Eigenschaften kennzeichneten denn aber die alte Gewerkschaftsbewegung und führten sie zur tatsächlichen Kapitulation vor der Bourgeoisie?

Zünftige Enghheit. Organisatorische Zersplitterung. Erhebung der bürgerlichen Gesellschafft zum Felsisch. Einsatz auf die Arbeiteraristokratie und nichtachtende Haltung gegenüber der Masse der wenig qualifizierten Arbeiter und der Schwarzarbeiter. Hohe, dem Durchschnittsarbeiter unerschwingliche Mitgliedsbeiträge, Konzentrierung der gesamten Leitung der Verbände in den Händen der bureaukratischen Elite, die immer mehr in eine Beamtenkaste der Gewerkschaftsbewegung ausartete. Bestätigung der „Neutralität“ gegenüber den Fragen des politischen Kampfes des Proletariats, einer Neutralität, die in der Tat auf eine Unterstützung der Politik der Bourgeoisie hinauslief. Verzerrung des Systems der Kollektivverträge, die schließlich dazu führte, daß die Kollektivverträge von der Elite der Gewerkschaftsbureaukratie

abgeschlossen und die Arbeiter des einen oder anderen Berufszweiges auf eine Reihe von Jahren mit Leib und Seele an die Kapitalisten verkauft werden. Aufbauschung der unbedeutenden Verbesserungen (wie z. B. der nur nominellen Erhöhung der Lohnsätze), welche die Verbände den Arbeitgebern auf friedlichem Wege abzurufen vermochten. Vorrückung der Wohltätigkeit und der geringfügigen gegenseitigen Hilfe zum Schaden der Streikfonds und der Kampfsaufgaben der Verbände. Die Ansicht, daß die Gewerkschaften eine Organisation vorstellen, die bloß teilweise Verbesserungen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anstrebt. Nicht aber die revolutionäre Niederwerfung des gesamten kapitalistischen Systems zur Aufgabe hat.

So war die alte „freie“ Gewerkschaftsbewegung. So war der alte Tradeunionismus. Ein solcher Hintergrund gestattete den Compers, in Amerika bei den Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten mit den Stimmen der Verbände offenen Handel zu treiben. Ein solcher Hintergrund ermöglichte den Regien aller Länder, die Gewerkschaften zum direkten Werkzeug der Bourgeoisie zu machen.

Werden die Gewerkschaften wiederum den alten, ausgetretenen, reformistischen, d. h. tatsächlich bürgerlichen Pfad wählen? Das ist die wichtigste Frage, vor der die internationale Arbeiterbewegung eben steht.

Wir sind fest überzeugt, daß das nicht geschehen wird.

Ein frischer Luftzug ist jetzt in die dumpfen Gebäude der alten Gewerkschaften eingedrungen. Die Gründung von „Betriebsausschüssen“ in England, von „Betriebsräten“ in Deutschland, die neuen Kristallisationszentren in den Syndikaten Frankreichs, der Zusammenschluß der Gewerkschaften, wie der „Dreibund“ in England, die neuen Strömungen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung — das sind alles Anzeichen, daß in der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt nunmehr eine Umwertung aller Werte einsetzt.

Vor unsern Augen beginnt sich eine neue Gewerkschaftsbewegung zu gestalten.

Welche kennzeichnenden Eigenschaften muß sie tragen?

Die neue Gewerkschaftsbewegung muß alle Ueberbleibsel der zünftigen Enghheit über Bord werfen. Sie muß den unmittelbaren Hand in Hand mit der kommunistischen Partei zu führenden Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Sowjetaufbau auf die Tagesordnung stellen. Sie muß es aufreben, für die faden-scheinige Gewandlung des Kapitalismus den reformistischen Klüßchenweiber zu spielen. Sie muß die Waffe des Generalstreiks in den Vordergrund rücken und die Vereinigung des Generalstreiks mit dem bewaffneten Aufstand vorbereiten. Die neuen Verbände müssen die gesamte Arbeitermasse und nicht nur die Arbeiteraristokratie umfassen. Sie müssen das Prinzip der strengsten Zentralisation und der Organisation nach Produktionszweigen, nicht nach Berufen durchzuführen. Sie müssen die Einföhrung einer tatsächlichen Arbeiterkontrolle über die Produktion anstreben und, nachdem die Arbeiterklasse die Bourgeoisie niedergeworfen hat, müssen die neuen Verbände an der Organisation der Produktion durch die Arbeiter tatkräftigen Anteil nehmen. Die neuen Verbände müssen einen revolutionären Kampf für die unzerstörliche Sozialisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige einleiten und dabei nicht aus dem Auge lassen, daß jede ernsthafte Sozialisierung unmöglich ist, bevor das Proletariat die Sowjetmacht erobert. Derjenige Schicht der bürokratischen „Führer“, die unheilbar von bürgerlichen Ideen angeteilt und ankretende ist den revolutionären Kampf der Massen zu leiten, müssen die neuen Verbände systematisch aus ihren Reihen vertreiben. Die neuen Verbände müssen bei sich ein Meinemachen vornehmen, wie die russischen Gewerkschaften es vor einigen Jahren taten und an das die Gewerkschaften Deutschlands und anderer Länder nunmehr schreiten.

Die Lehre des Krieges wird nicht verachtlich sein. Die proletarischen Massen werden ihr Wort sprechen. Die Gewerkschaften können ihre Arbeit nicht mehr auf die Erzählung eines libralen Kopfebens auf den Rubel beschränken. Die in der ganzen Welt herrschende unsinnige Feuerung der notwendigsten Bedarfsartikel macht die „Eroberungen“, mit denen die Tradeunionisten alter Gattung sich so stark brüsten, zum bloßen Trugbilde. Entweder werden die Gewerkschaften an ihrer eigenen Dürre

büßig zugrunde gehen, oder aber sie werden sich zu wahren Kampforganisationen der Arbeiterklasse gestalten.

Die machtvolle Streikwoge, die das ganze europäische Festland, aber auch Amerika und andere Erdteile erschüttert, ist der beste Beweis dafür, daß die Gewerkschaften nicht an der Wurzel faulen, sondern eine schnelle Wiedergeburt feiern werden. Die Gewerkschaften können und werden nicht abseits der großartigen Probleme stehen, die jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt an sich fesseln und die ganze Bevölkerung der Erde in zwei Lager — das weiße und das rote — teilen. Jede Gewerkschaft ist nunmehr genötigt, sich mit den Fragen der Rüstung und Abrüstung, der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, der direkten oder indirekten Besteuerung, der Tilgung der Kriegsanleihen, der Nationalisierung der Eisenbahnen, Bergwerke, wichtigsten Industriezweige usw. abzugeben. Mit jedem Tag wird es jedem beliebigen Durchschnittsmitglied der Gewerkschaften klarer werden, daß der Neutralismus, den Bourgeoisie und die Opportunisten den Gewerkschaften predigen, nichts weiter ist als bürgerlicher Lug und Trug, daß man in dem einsehenden entscheidenden Zusammenstoß der beiden Klassen weder lauwarm noch kalt bleiben kann.

Schon hat die Abkündigung in den Gewerkschaften begonnen. Nach ein bis zwei Jahren werden die alten Verbände nicht wiederzuerkennen sein. Die alten Bureaucraten der Gewerkschaftsbewegung werden zu Generälen ohne Armeen werden. Die neue Epoche wird eine neue Generation proletarischer Führer der wiedergeborenen Gewerkschaftsbewegung erzeugen.

Die Bourgeoisie aber sieht das voraus und rastet nicht. Durch ihre alten erprobten Diener, die alten Führer der Gewerkschaften, ist sie bestrebt, die Verbände wieder in ihre Hand zu bekommen. Wie Ihr wißt, wurde in Amsterdam ein Kongreß zusammengebracht, der sich zum Internationalen Gewerkschaftskongreß ausrief. Legien, Jouhaux, Gompers und andere Agenten der Bourgeoisie machten den Versuch, die Gewerkschaftsbewegung in die alten Bahnen zu lenken. Der brüchlige Völkerbund, der tatsächlich ein Bund der räuberischen Imperialisten ist, hat erst in Washington und dann in Paris eine komödienhafte Konferenz über „internationalen Arbeiterschutz“ veranstaltet. Zu dieser Konferenz bewilligte der Völkerbund zwei Drittel der Stimmen der Bourgeoisie und ein Drittel den Agenten der Bourgeoisie, wie Legien, Jouhaux und Konsorten, die sich „Vertreter der Arbeiterschaft“ zu nennen belieben. Auf diesen von der Bourgeoisie ausstaffierten Konferenzen wird der Versuch gemacht, der zu neuem Leben erwachenden Arbeiterbewegung die Zwangsjacke überzuziehen. Mit den vereinten Kräften der bürgerlichen Minister und der Bureaucraten der Gewerkschaftsbewegung will man die Arbeiterverbände wiederum in das Prostratusbett des Kleinbürgerlichen Reformismus zur Ruhe legen.

Die kommunistische Internationale wendet sich an die gewerkschaftlich organisierten Proletarier der ganzen Welt mit dem Ausruf: macht dieser bürgerlichen Spiegelschere ein Ende, deckt die schamlose Komödie auf, welche die bürgerlichen Fackelträger aufführen, ruft es laut in die Welt hinaus, daß ihr mit den Vertretern Clemenceaus und Wilsons nichts gemeinsam habt.

In der ganzen Welt fordert der beste Teil des Proletariats die Errichtung der Sowjetmacht. Und nicht fern ist der Tag, da die ganze Menschheit sich die Sowjetmacht, d. h. die proletarische Regierungsform erobern wird. Die Gewerkschaften werden aber auch dann, bei dem Umbau der kapitalistischen Wirtschaft auf kommunistischer Grundlage, ihre bedeutende Rolle heibehalten. Den Gewerkschaften wird der Ehrenplatz an der Seite der Sowjets gehören, wie wir es jetzt in Sowjetrußland sehen.

Die kommunistische Internationale hält die Ansicht der Minderheit der Kommunisten in Deutschland, daß die Gewerkschaften überhaupt nicht nötig seien, für irrig. Die in verschiedenen Ländern erstehenden, nach Betrieben organisierten Betriebsräte (Betriebsausschüsse) schließen die Notwendigkeit der Gewerkschaften nicht nur nicht aus, sondern sie müssen — wie das in Sowjetrußland der Fall ist — selbst die Grundzellen der Produktionsverbände bilden.

Die Kommunistische Internationale hält die Zeit für gekommen, wo die Produktionsverbände, nachdem sie sich von dem Einfluß der Bourgeoisie und der Sozialverräter befreit haben, unverzüglich an den Aufbau ihrer eigenen internationalen Organisation, wie nach einzelnen Produktionszweigen, so auch in einem die ganze Welt umfassenden Maßstab gehen müssen. Der gelben „Internationale“ der Gewerkschaften, welche die Agenten der Bourgeoisie in Amsterdam, Washington und Paris widerzuerrichten bestrebt sind, müssen wir eine wahrhaft proletarische Hand in Hand mit der Dritten Kommunistischen Internationale arbeitende rote Internationale der Gewerkschaften entgegensetzen.

In einer ganzen Reihe von Ländern geht in den Gewerkschaften eine starke Umwälzung vor sich. Das Korn löst sich von der Spreu los. In Deutschland, das unter der Führung Legiens und Noskes die Hauptstütze der bürgerlichen gelben Gewerkschaftsbewegung war, kehrt eine Anzahl von Gewerkschaften den gelben Sozialdemokraten den Rücken und geht auf die Seite der proletarischen Revolution über. Aus einer Reihe von Verbänden sind die alten Führer, welche die Gewerkschaftsbewegung mit Haut und Haar den Kapitalisten auslieferten, bereits vertrieben worden. Die Gewerkschaften Italiens stehen fast ausnahmslos auf dem Boden der Sowjetmacht. In den Gewerkschaften Schandinabiens nimmt die proletarische revolutionäre Strömung mit jedem Tage zu. In Frankreich, in England, in Amerika, in Holland und in Spanien sagen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder sich von der alten bürgerlichen Taktik los und fordern neue revolutionäre Methoden. In Rußland unterstützen 3½ Millionen Gewerkschaftsmitglieder die proletarische Diktatur voll und ganz. In den Balkanländern ist die Mehrzahl der Gewerkschaften zu den kommunistischen Parteien in enge Organisationsbeziehungen getreten und kämpft unter deren ruhmreichem Banner.

Die Erste Internationale (die Internationale Arbeitergenossenschaft), deren Führer Marx und Engels waren, strebte danach, alle Arten von Arbeiterorganisationen, darunter auch die Gewerkschaften, zu umfassen.

Die Zweite (nunmehr zerfallene) Internationale pflegte auch die Gewerkschaften zur Teilnahme an ihren Kongressen aufzufordern, stand aber in keiner festen Organisationsverbindung mit ihnen.

Die Dritte Kommunistische Internationale will auch in dieser Hinsicht in die Fußstapfen der Ersten Internationale treten. Die wahrhaft proletarische, von Kampfesgeist durchdrungene Gewerkschaft, die sich die oben bezeichneten Aufgaben stellt, wird selbst eine enge Verbindung mit der in der Kommunistischen Internationale organisierten Vorhut des internationalen Proletariats anstreben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert den Zusammenschluß aller organisierten Kräfte des Proletariats. Wir bedürfen aller Waffengattungen, um mit Erfolg gegen das Kapital anstürmen zu können. Die Kommunistische Internationale muß dem Freiheitskampf des internationalen Proletariats allseitig dienen; sie strebt daher nach einem möglichst engen Verband mit den Gewerkschaften, die sich über die Aufgaben der gegenwärtigen Epoche klar geworden sind.

Die Kommunistische Internationale will nicht nur die politischen Organisationen der Arbeiter, sondern überhaupt alle Arbeiterorganisationen vereinigen, die den revolutionären Kampf nicht als Lippenbekenntnis, sondern der Tat nach anerkennen und die Diktatur der Arbeiterklasse anstreben. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist der Ansicht, daß nicht allein die politischen Parteien des Kommunismus, sondern auch die auf revolutionärem Boden stehenden Gewerkschaften an den Kongressen der Kommunistischen Internationale teilnehmen müssen. Die roten Gewerkschaften müssen sich in internationalem Maßstabe vereinigen und zum Bestandteil (zur Sektion) der Kommunistischen Internationale werden.

Mit diesem Vorschlag wenden wir uns an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt. Dieselbe Evolution, dieselbe Umwälzung, die in den politischen Parteien des Proletariats stattgefunden hat, ist auch in der Gewerkschaftsbewegung unausbleiblich. Ebenso wie die größten Arbeiterparteien aus der Zweiten Gelben Internationale ausgetreten sind, werden auch alle ehelichen Gewerk-

schaften mit der in Amsterdam wieder zusammengeleiteten Gelben Internationale der Gewerkschaften brechen müssen.

Wir schlagen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der ganzen Welt vor, diesen unsern Aufruf ihren Generalversammlungen zur Begutachtung vorzulegen, und wir sind fest überzeugt, daß die ehrlichen Proletarier der ganzen Welt die ihnen von der Kommunistischen Internationale entgegengestreckte Hand mit festem Druck ergreifen werden.

Es lebe die neue, von dem Bazillus des Opportunismus gereinigte Gewerkschaftsbewegung!

Es lebe die Internationale der roten Gewerkschaften!

Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale:
W. Sinowjew.

Man wird von uns nicht verlangen, daß wir in allen Einzelheiten auf das Schreiben eingehen. Unsere Gewerkschaftler sind selber in der Lage, Wahrheit und Dichtung zu unterscheiden. Auf alle Fälle täuschen sich die Verfasser, wenn sie glauben, mit diesen maßlosen Beschimpfungen und mit dieser überheblichen Selbstgerechtigkeit auf unsere Schweizer Gewerkschafter Eindruck zu machen.

Es ist wahr, bei Ausbruch des Krieges überflutete eine chaubinistische Schlammwelle Europa. Die sozialistische Weltanschauung erwiebs sich als ein dünner Firnis. Es ist aber falsch, die Schuld dafür nur einzelnen „Führern“ aufzubürden, und es ist nicht anständig, diese als „verkauft“ zu denunzieren, wenn man nicht gleichzeitig die Beweise dafür erbringt.

Wir nehmen uns das Recht, das zu sagen, weil wir uns bewußt sind, daß die schweizerischen Gewerkschaften vom ersten bis zum letzten Tag des Krieges zum Krieg und zu den internationalen Fragen eine Stellung eingenommen haben, die jeder Kritik ruhig entgegensehen darf. Im übrigen ist uns mehr als ein ehrenwerter Sozialist russischer Nationalität bekannt, der der Kriegspsychose unterlegen ist, ohne deshalb ein ehrloser Kerl zu sein.

Ueber taktische Fragen läßt sich streiten. Die schweizerischen Gewerkschaften haben den Nachweis erbracht, daß sie nicht in „zünftiger Engheit und organisatorischer Zersplitterung“ versumpfen. Der Konzentration der Bewegung wird seit vielen Jahren die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Wir haben neben einzelnen Berufsverbänden bedeutende Industrieverbände, in denen gelernte und ungelernete Arbeiter Schulkler an Schulter stehen. Ja, wir haben sogar schon — wo es sich zweckmäßigerweise als die beste Organisationsform erweist — bei den Eisenbahnern, Betriebsorganisationen.

Allerdings streben wir auch danach, solche Beiträge festzusetzen, daß die Organisation ihre Aufgaben möglichst gut erfüllen kann. Diese Beiträge werden aber nicht von der „Beamtentafel“ diktiert, sondern von den Delegiertenversammlungen der Verbände beschlossen. Diese Beschlüsse unterliegen dann noch der Urabstimmung durch die Mitglieder. Es würde uns schon interessieren zu wissen, ob bei den russischen Gewerkschaften solche „demokratische“ Methoden auch geübt werden.

Im gleichen Falle befinden wir uns in bezug auf den Abschluß von Kollektivverträgen. Die Verträge unterliegen ebenfalls der Urabstimmung. Die Mitglieder haben es völlig in der Hand, ob sie einen Vertrag annehmen wollen oder nicht. Die schweizerischen Gewerkschaften haben sich auf dem Kongreß von 1913 grundsätzlich auf den Boden des Tarifvertrages gestellt. Es ist vorerst auch gar nicht daran zu denken, daß sie diesen Boden verlassen werden. Ganz im Gegenteil. Immer mehr Verbände wenden den Tarifvertrag an, aus dem ganz einfachen Grunde, weil sie sich damit ein Mitspracherecht sichern und weil es — wenigstens bei uns in der Schweiz, vielleicht ist das in Rußland anders — unmöglich ist, fortgesetzt im offenen Kriegszustand zu leben.

Wir freuen uns, wenn wir lesen, daß in anderen Ländern die Gewerkschaftsbewegung marxisiert, aber wir sind vorsichtig genug, nicht schon jede Ankündigung einer neuen Kampfmetode als eine Umwertung aller Werte zu deklarieren.

Wir sind auch stets bereit, ins Ausland zu gehen, die internationalen Beziehungen zu pflegen, um zu lernen, wo etwas zu lernen ist, manchmal auch, um zu lernen, wie man es nicht machen soll.

So wie die Dinge bisher lagen, wird man uns nicht zumuten, in den Ruffen die Vorbilder der Gewerkschaftsbewegung und unsere Lehrmeister zu sehen. Wir lehnen es strikte und entschieden ab, uns unsere Taktik, sei es von Rußland, sei es von Comper, vorzuschreiben zu lassen. Ueber das, was den schweizerischen Gewerkschaften frommt, beschließen die schweizerischen Gewerkschaften selber, und wenn es sich um internationale Fragen handelt, werden sie mitsprechen, aber niemals einem einseitigen Diktat gehorchen.

Das Schreiben an die Gewerkschaften aller Länder enthüllt aber auch eine unglaubliche Unkenntnis der Verhältnisse in Westeuropa, soweit es sich um die Aufgaben und um die Tätigkeit der Gewerkschaften handelt. Man scheint in Osteuropa der Meinung zu sein, es gäbe im Westen nichts anderes als revolutionäre Arbeiter und verkaufte Gewerkschaftsbureaufkraten. Es komme nur darauf an, die Bureaufkraten kaltzustellen, dann wäre die soziale Frage im Handumdrehen gelöst. Die Arbeiter in Westeuropa wissen, daß es ihnen schlecht geht, und sie treten den Gewerkschaften bei und betätigen sich politisch, um aktiv am Bau einer besseren Welt mitzuhelfen. Sie wissen aber auch, daß diese Arbeit schwer und langwierig ist. Nach Lage der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist es ausgeschlossen, daß sie schneller und leichter zu bewältigen wäre, wenn die Arbeiter sich dazu verleiten ließen, dem aufgeregten Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu folgen.

Was im Schreiben gesagt wird über die Lage in den Ländern Westeuropas, ist zum mindesten sehr ungenau.

In Deutschland stehen die Gewerkschaften so fest wie noch nie. Auch in den Verbänden, in denen die Unabhängigen in der Mehrheit sind, wird ein scharfer Kampf gegen die zerstörenden Spaltungstendenzen der Kommunisten geführt, die die Gewerkschaften durch „Unionen“ ersetzen wollen. Uebrigens werden Lenin selbst diese seine Schüler und Jünger recht unangenehm, so daß er ihnen in einem Schreiben mächtig die Rebiten lieft. (Wir kommen noch darauf zurück.)

Ueber Italien sind wir nicht hinreichend orientiert, um abschließend zu urteilen. Jedenfalls haben die heroischen Kämpfe der dortigen Arbeiterschaft bis heute ein halbwegs befriedigendes Resultat nicht gezeitigt.

In den skandinavischen Ländern steht die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in ähnlicher Position wie wir. Sie hat genug zu tun, sich der Reaktion zu erwehren. In Frankreich hatten wir im Mai das Experiment einiger großen Eisenbahnerstreiks, die von einer frisch ins Amt gekommenen, sehr revolutionären Leitung ohne irgendwelche Vorarbeit fröhlich ins Werk gesetzt wurden und mit einem Fiasko, vielen hundert Entlassungen und Freiheitsstrafen endeten, ohne der Arbeitersache etwas zu nützen. Nach dem Débatte stellte man den vorher abgefaßten „gemäßigten“ Sekretär wieder an die Spitze der Organisation. In England ist erst vor einigen Tagen von der Arbeiterpartei mit erdrückendem Mehr der Eintritt in die Dritte Internationale abgelehnt worden. In Amerika schwimmt der Großteil der organisierten Arbeiter im bürgerlich-demokratischen Fahrwasser, ein geringer Bruchteil ist revolutionär, die große Mehrzahl der Arbeiter überhaupt noch indifferent. Nirgends auf der Welt aber erleben wir eine brutalere Unterdrückung der revolutionären Ideen unter dem Beifall der Massen, als gerade in Amerika.

In Holland bekämpfen sich gegenwärtig drei oder vier Richtungen in der Arbeiterbewegung, und die Regierung brachte es vor kurzem fertig, ohne große Mühe ein Ausnahmegesetz gegen die revolutionäre Bewegung unter Dach zu bringen. Von der Arbeiterbewegung im industriearmen Spanien und in den Balkanländern wird man auch keine Wunder erwarten dürfen.

Wir haben, wie von Moskau gewünscht, den Aufruf den Gewerkschaftern zur Kenntnis gebracht und dazu auch in kurzen Zügen unsere Meinung gesagt. Es ist nun an den Mitgliedern, ebenfalls zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Eine objektive Prüfung wird ergeben, daß für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund ein Anschluß an die Moskauer Internationale nicht in Frage kommen kann, schon darum nicht, weil von den Mitgliedern der Gewerkschaften kein kommunistisches Glaubensbekenntnis verlangt werden kann. Sodann sind wir Mitglied des bestehenden Internationalen Gewerkschaftsbundes mit Sitz in Amsterdam, dem sich die russischen Gewerkschaften so gut wie wir anschließen können. Schließlich darf eine gewerkschaftliche Internationale denn doch keine Kirche sein, die sich ihre Dogmen von „unfehlbaren“ Päpsten diktieren läßt, die gegen jeden, der nicht auf Moskau schwört, ihr Anathema schleudert.“

* * *

Ein weiterer Artikel der gleichen Nummer des schweizerischen Gewerkschaftsorgans sei hier ebenfalls als Material zum Abdruck gebracht:

„Die Kommunisten in den Gewerkschaften.“

Es ist kein Geheimnis, daß die Kommunisten nicht Mitglieder von Gewerkschaften sind, um gewerkschaftliche Arbeit zu verrichten, sondern um der kommunistischen Propaganda bei den organisierten Arbeitern möglichst nachzuhelfen. Die Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral. Es können ihnen Mitglieder bürgerlicher Parteien, Sozialisten und Anarchisten angehören; danach hat die Gewerkschaft nicht zu fragen, solange sich das Mitglied den Statuten der Gewerkschaft unterzieht. Die Gewerkschaft muß es auch dulden — und sie stirbt nicht daran, wenn von einzelnen Mitgliedern an Institutionen oder Personen innerhalb der Gewerkschaft in einer Weise Kritik geübt wird, die den Interessen des Ganzen nicht nützlich ist. Es ist auch bei uns in der Schweiz schon ausgesprochen worden, daß der Kampf des linken Flügels in der Arbeiterbewegung sich systematisch gegen die „Verhandlungstaktik“ der „Instanzen“ richten müsse, gegen die „Führer“, um diesen das Vertrauen der Massen zu entziehen. Dadurch sei es dann möglich, die Gewerkschaften als Werkzeuge der „Revolution“ in die Hände zu bekommen.

Es gibt unter den Kommunisten aber auch ehrliche Fanatiker, die, weil sie die Gewerkschaften als untaugliche Mittel zur Durchführung einer Revolution betrachten, nichts von ihnen wissen wollen und die Errichtung von Sonderorganisationen, sogenannten Unionen, vorziehen. Mit dieser Taktik indessen ist Lenin nicht einverstanden, und er schnarrt seine deutschen Gesinnungsgenossen darob gewaltig an, wie aus einem Artikel von ihm in der „Kommunistischen Internationale“ hervorgeht. Es erscheint uns notwendig, zu Nutz und Frommen unserer Mitglieder einiges daraus zu zitieren. Lenin schreibt: „... Als ebenso lächerlicher, kindischer Unsinn erscheinen uns auch die wichtigen, durchaus gelehrten und furchtbar revolutionären Diskussionen der deutschen „Linken“ über das Thema, daß die Kommunisten nicht in den reaktionären Gewerkschaften tätig sein können und sollen, daß es erlaubt sei, sich von dieser Tätigkeit loszusagen, daß es notwendig ist, aus den Gewerkschaften auszutreten und unbedingt eine ganz neue, ganz saubere, äußerst nette (und meistens natürlich äußerst jugendliche) von den Kommunisten erdachte „Arbeiterunion“ zu gründen usw. und dergleichen.

... Ein Versuch, heute praktisch dem künftigen Ergebnis des völlig entwickelten, vollkommen gefestigten und gereiften Kommunismus vorzugreifen, ist gleichbedeutend dem, zu versuchen, einem vierjährigen Mädchen Mutterpflichten aufzuerlegen. Im besten Fall ist das ein dummer Witz oder eine dumme Kinderei, im schlimmsten Fall — Gemeinheit und Verbrechen (Spitzelarbeit. D. N.)

Ein gewisser „reaktionärer Geist“ der Gewerkschaften im bezeichneten Sinn ist unter der Diktatur des Proletariats unvermeidlich. ... Diesen reaktionären Geist fürchten, versuchen, ohne ihn auszukommen, sich über ihn hinwegzusehen, ist die größt'e Dummheit, denn das heißt jene Rolle der proletarischen Vorhut fürchten, die in der Schulung, Aufklärung, Erziehung, Heranziehung zum neuen Leben der zurückgebliebenen Schichten und Massen der Arbeiterklasse und Bauernschaft besteht.

... In mehr fortgeschrittenen Ländern als Rußland hat sich ein gewisser reaktionärer Geist der Gewerkschaften zweifellos weit stärker geäußert als bei uns, und er mußte sich auch äußern. Bei uns hatten die Menschewiki (zum Teil in sehr wenigen Gewerkschaften) und haben auch jetzt noch einen Stützpunkt in den Gewerkschaften dank der zünftigen Enge, dem gewerkschaftlichen Egoismus und Opportunismus. Im Westen haben sich die dortigen „Menschewiki“ weit fetter in den Gewerkschaften eingenistet, dort hat sich eine weit stärkere Schicht einer gewerkschaftlichen, selbstfüchtigen, harten, ehrgeizigen, spießbürgerlich gestimmten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten Arbeiteraristokratie ausgehoben als bei uns.

Den Kampf gegen die Arbeiteraristokratie führen wir aber im Namen der Arbeitermasse und um diese auf unsere Seite zu bringen. . . . Diese elementarste und offensichtlichste Wahrheit zu vergessen, wäre dumm. Und eine solche Dummheit machen die „linken“ deutschen Kommunisten, die von dem reaktionären und gegenrevolutionären Geist der Elite der Gewerkschaften den Schluß ziehen, aus den Gewerkschaften auszutreten. . . . Das ist eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie mit dem größten Dienst gleichbedeutend ist, der der Bourgeoisie von den Kommunisten geleistet wird. Denn unsere Menschewiki sind ja ebenso wie alle opportunistischen, sozialchauvinistischen, kautskhanischen Führer der Gewerkschaften nichts anderes als „Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“.

Gerade diese blödsinnige Theorie der Nichtteilnahme der Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften beweist am anschaulichsten, wie leichtsinnig diese „linken“ Kommunisten sich zu der Frage über den Einfluß auf die Massen verhalten, wie sie ihre Aufrufe in bezug auf die „Massen“ mißbrauchen. Um der Masse verstehen zu helfen und die Sympathie, das Mitgefühl, die Unterstützung der Masse zu erobern, soll man nicht vor Schwierigkeiten zurückschrecken, soll man keine Ränke, Schikanen, Beleidigungen, Verfolgungen seitens der „Führer“ fürchten (die als Opportunisten oder Sozialchauvinisten meistens direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie oder mit der Polizei in Verbindung stehen) und unbedingt dort arbeiten, wo die Masse ist.

... Die revolutionären, aber unverständigen „linken“ Kommunisten stehen jedoch dabei (wenn die Massen der Arbeiter sich in den Gewerkschaften organisieren, d. h.), rufen „Masse, Masse!“ und weigern sich innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten. . . . Sie erfinden die funkelneue, blitzsaubere, von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen freie, aber glücklicher und enggewerkschaftlicher Sünden nicht ledige „Arbeiterunion“, die angeblich weiten Umfang haben wird (wird), und zur Teilnahme an welcher es nur (nur) der Anerkennung des „Sowjetsystems und der Diktatur“ bedarf. Größeres Unverständnis, größeren Schaden für die Revolution, als ihn die „linken“ Revolutionäre bringen, kann man sich nicht denken. Ja, wenn wir eben in Rußland nach 2½ Jahren unerhörter Siege, für den Eintritt in die Gewerkschaften die „Anerkennung der Diktatur“ als Bedingung stellen, dann würden wir eine Dummheit machen, unseren Einfluß auf die Massen verderben.

Es ist zweifellos, daß die Herren „Führer“ des Opportunismus zu jeglichen Machinationen der bürgerlichen Diplomatie, zur Unterstützung der bürgerlichen Regierung und Pfaffen, der Polizei und der Gerichte Zuflucht nehmen werden, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften zuzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus denselben zu verdrängen, ihnen die Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften möglichst unangenehm zu gestalten, sie zu beleidigen, zu heizen, zu verfolgen. Man muß alledem zu widerstehen verstehen, zu jeglichen Opfern bereit sein, sogar — falls es nötig ist — verschiedene Winkelszüge, List, illegale Methoden, Verschweigen, Verbergen der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben, innerhalb derselben um jeden Preis kommunistische Tätigkeit zu entfalten.

Die Exekutive der Dritten Internationale sollte meines persönlichen Erachtens sowohl die Politik der Nichtteilnahme an den reaktionären Gewerkschaften überhaupt, als insbesondere die Linie des Benehmens der holländischen Tribunisten (syndikalistische Sonderorganisation. D. N.) direkt beurteilen, die diese unrichtige Politik unterstützt haben.“

Dieses Lenin-Programm für die Propagandatätigkeit in den Gewerkschaften ist das Seitenstück zum „Schreiben an die Gewerkschaften aller Länder“.

So wie der Staat ausgehöhlt, unterminiert werden soll, so müssen auch die Gewerkschaften von innen heraus ausgehöhlt werden. Es ist „Dummheit“, „Widsinn“, wenn nicht gar Verbrechen, mit offenem Bistier zu kämpfen und frei zu seiner Sache zu stehen.

Der erste Grundsatz in der Unterhöhnung der „reaktionären“ Gewerkschaften ist offenbar der, seine Repräsentanten und alle die, die nicht durch dick und dünn die russischen Methoden anerkennen, als spießbürgerlich, als an die Unternehmer und an die Polizei verkauft, darzustellen. Das ist allerdings sehr bequem und es kann eine solche Methode bei Leuten, die von der Not des Lebens niedergedrückt werden, unter Umständen Erfolg haben.

Interessant ist das Zugeständnis, daß ein gewisser „reaktionärer“ Geist auch unter der Diktatur des Proletariats unvermeidlich sei. Wirklich etwa die „Diktatur des Proletariats“ auf die Arbeiter in der Weise, daß ihnen die „Demokratie“ lieber wäre?

Die Aufklärung, Erziehung und Schulung der Arbeiter in den Gewerkschaften, die nach der Meinung Lenins die Hauptaufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften sein soll, wäre wohl des Schweißes wert; wenn sie sich aber in so maßlosen Schimpfadien und in solchen Gemeinplätzen erschöpft, wie sie auch die Philippika Lenins auszeichnen, wird der ethische Gehalt der Bewegung sich kaum steigern, dagegen aber Eigennuß und Haß zur Haupttriebfeder der Bewegung. Wir sind weit davon entfernt, alles für gut und vollkommen zu finden, was in unseren Gewerkschaften getan und nicht getan wird — es irrt der Mensch, so lang er strebt —, dagegen hegen wir doch berechtigte Zweifel darüber, ob die, die sich Kommunisten nennen und deren Halbgötter in Moskau und Petrograd thronen, wirklich derartige Auszubünde aller Tugenden sind, daß sie das Recht haben, in solchem Ton von den Gewerkschaften und ihren Bestrebungen und von den Menschen, die in den Gewerkschaften arbeiten, zu sprechen, wie es in jeder Rundgebung geschieht. Wir sind es gewohnt, mit den nüchternen Tatsachen zu rechnen — vielleicht manchmal zu nüchtern —, was uns immerhin davor bewahrt, die eigenen Kräfte zu überschätzen und die des Gegners zu unterschätzen und dann unnütz schwere Opfer zu fordern.

Frei von Opportunismus ist man aber auch in Rußland nicht. Man wagt es nach Lenins Worten nicht, das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats als Bedingung für den Eintritt in die Gewerkschaft zu stellen. Lenin meint ziemlich zynisch, das wäre eine Dummheit, man würde damit den Einfluß auf die Massen verlieren.

Die Krönung der kommunistischen Taktik ist nun aber unzweifelhaft die Weisung — wenn es nötig ist —, gegen die Gewerkschaften Winkelzüge, List, illegale Methoden, Verschweigen, Verbergen der Wahrheit, anzuwenden, wie es im zaristischen Rußland einem grausamen Gegner gegenüber angewendet werden mußte. Wo der ehrliche Gedankenaustausch, der Kampf mit geistigen Waffen, die „Aufklärung“ dabei bleiben, ist uns allerdings ein Rätsel.

Wie die Mannesjugenden der Offenheit und des Mutes bei solcher Moral geübt und gefördert werden, mögen die Kommunisten ergründen. Kann überhaupt eine Gewerkschaft nur einen Tag bestehen, wenn Hinterlist, Denunziation, Lüge und schließlich Gewalt die Atmosphäre vergiften? Wenn es so kommen sollte, hätten die Unternehmer gewonnenes Spiel, und es kommt sicher nicht von ungefähr, daß Unternehmer und Behörden schlechte, käufliche Subjekte in die Organisationen entsenden und sie die Arbeiten verrichten lassen, die Lenin den ehrlichen Kommunisten zuweisen will. Der Enderfolg ist schließlich derselbe: Lenin nimmt den Arbeitern das Vertrauen zu den „reaktionären“ Gewerkschaften, um sie für die „Diktatur des Proletariats“ zu gewinnen, die Unternehmer aber versuchen, die Arbeiter durch Spitzel zu unüberlegten Handlungen zu verleiten, um dann die ganze Bewegung im Blut zu erlösen und die Diktatur des „Herrn im Hause“ um so entschiedener aufzurichten.

Wenn man auch nicht umhin kann, die ehrliche Ueberzeugung der Kommunisten zu respektieren, wird den empfohlenen Methoden gegenüber Vorzicht am Platze sein, um so mehr, als es nicht immer leicht ist — in Anbetracht der Ratschläge Lenins —, kommunistische Propaganda und Spitzelarbeit auseinanderzuhalten.“

* * *

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund ging dem Bundesvorstand unter dem 17. September 1920 der folgende kommunistische Aufruf mit anschließender Anmerkung des Internationalen Gewerkschaftsbureaus zu:

„An alle organisierten Arbeiter!

Nachfolgendes Manifest ist in verschiedenen kommunistischen Blättern erschienen:

An die Fachverbände aller Länder.
Genossen!

Der Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern — verursacht durch das unsägliche Leid, das der Krieg über das ganze Proletariat gebracht hat — stellt die Arbeiter der ganzen Welt vor die Aufgabe, einen internationalen Stab der Gewerkschaften zu formen. Der Klassenkampf, den wir täglich wahrnehmen, zeigt uns, daß es keinen anderen Ausweg gibt als den internationalen Kampf.

In diesem Augenblick steht, mehr als je zuvor, Klasse gegen Klasse. Alle Kräfte der internationalen Bourgeoisie, alle ihre Mittel und Hilfsquellen sind in einer internationalen Klassenorganisation vereinigt. Die Bourgeoisie hat ihren Stab — den Völkerbund; sie hat den ganzen enormen Apparat der modernen kapitalistischen Staaten in der Hand, um bei der ersten sozialistischen Gefahr alle ihre Kräfte und Hilfsmittel in diesem Kampf mobil zu machen. Die Kraft dieses Klassenbewußtseins und der Organisation des internationalen Kapitals konnten wir an der Geschichte Sowjetrußlands und Ungarns ermessen. Als das Ungarn der Mätterregierung erzwungen wurde, jauchzten die Ausbeuter in allen Ländern; und wenn Sowjetrußland in diesem Augenblick noch lebt, so ist das jedenfalls nicht die Schuld des internationalen Kapitals — sondern es ist sein Verhängnis. Aber die außergewöhnliche Stärke der Bourgeoisie beruht nicht allein auf ihrem Klassenbewußtsein, auf ihrer Organisation und ihrem tiefen Verständnis für die Internationalität des Kampfes, sondern vor allem darauf, daß die klassenbewußte Erziehung der breiten Massen noch zurück ist und schließlich auf dem Umstand, daß sie sich in dem Kampf gegen die Arbeiter stützen kann auf die Arbeiterorganisationen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, aber es ist nichtsdestoweniger eine Tatsache.

Und in der Tat: was haben die Fachverbände der großen und kleinen Staaten während des Krieges getan? Wie haben sie ihr feierliches Gelöbnis in bezug auf die internationale Klassenolidarität und die proletarische Brüderlichkeit erfüllt? Die Fachverbände waren in ihrer Mehrzahl die Hauptstützen der Kriegspolitik ihrer Regierungen. Sie haben in ihrem Land mit dem bürgerlich-nationalistischen Schurkenpaß Hand in Hand gearbeitet und in den Arbeitern die niedrigsten chauvinistischen Instinkte wachgerufen. Daß der Krieg so lange dauern konnte, daß tausende Kameraden aus unseren Reihen gerissen wurden, Europa in einen furchterlichen Kirchhof verwandelt und die Volksmassen in einen Zustand der Verzweiflung getrieben wurden — für all dies fällt die Schuld zum großen Teil auf die Führer der Arbeiterbewegung, die die Massen verraten haben und die statt unserer Losung: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ die neue Losung aufstellten: „Proletarier aller Länder tötet, massakriert einander“.

Und dieselben Personen, die im Laufe der vielen Jahre die Lakaien ihrer Regierungen waren, die ihre ganze Energie auf die gegenseitige Vernichtung der Völker richteten, beginnen nun die durch ihren Verrat zusammengebrochene

Internationale der Fachverbände wieder aufzubauen. In Bern und Amsterdam haben sich die erproben Kämpfer für die Interessen der Bourgeoisie wiedergefunden und die Herren Legien, Dudgeest, Jouhaug, Appleton, Compers usw. haben nach langen nationalistischen Diskussionen und gegenseitigen Beschuldigungen des Chauvinismus den Internationalen Gewerkschaftsbund errichtet. Welches sind die Grundlagen dieses Bundes? Was ist sein Programm? Wie stellt sich diese internationale Organisation zu den verschärften sozialistischen Konflikten unserer Zeit? Auf welche Weise glaubt er aus der Sackgasse wieder herauszukommen, in die die imperialistische Bourgeoisie die Menschheit hineingetrieben hat? Die Antwort auf diese Frage findet man in der Tatjache ausgedrückt, daß die voranstehenden Führer und Leiter des Internationalen Gewerkschaftsbundes gleichzeitig auch die Hauptleiter des berücksichtigten Arbeitsamtes des raubhüchigen Völkerbundes sind, der aus Vertretern der organisierten Unternehmer, der Gewerkschaften und der „neutralen“ bürgerlichen Regierungen zusammengesetzt ist. Die hauptsächlichste Aufgabe dieses Amtes besteht bekanntlich darin, die Zusammenarbeit der Klassen fortzusetzen und zu befestigen, um die Arbeiter durch das internationale Kapital weiter auszubeuten, worauf sich ja die ganze Kriegspolitik der imperialistischen Länder stütze.

Hieraus ergibt sich mit absoluter Deutlichkeit, daß der Amsterdamer Gewerkschaftsbund nichts anderes ist als ein Deckmantel für die gelben Führer der Gewerkschaftsbewegung, die zum Imperialismus übergelaufen sind und die gegenwärtig genau so wie während des Krieges damit beschäftigt sind die organisierte Macht der Arbeiterbewegung zugunsten der kapitalistischen Gesellschaft auszunützen. Das selbstverständliche Resultat einer derart unnatürlichen Vereinigung der Interessen zweier durchaus feindlichen Klassen ist die absolute Unfruchtbarkeit, die absolute Ohnmacht beider Organisationen — sowohl des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes als auch des Internationalen Arbeitsamtes —, um auf irgendeine Weise die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, denn beide Organisationen dienen einzig den Interessen der Bourgeoisie.

Ein trasses Beispiel für diese Unfruchtbarkeit ist die Haltung des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes gegenüber Sowjet-Ungarn und Sowjet-Rußland. Ohne irgend einen Protest von seiner Seite konnte Sowjet-Ungarn erdroffelt werden, und als sie dann einen schwachen Versuch unternahmen, um durch den organisierten Boykott den Herrscher Horty, der mit seiner weißen Terrorpolitik die Idee der Zusammenarbeit der Klassen allzu öffentlich kompromittiert hatte, zur Vernunft zu bringen, so hat sie dies nur getan, um alljogleich darauf mit denselben Herrschern Kompromisse zu schließen. Gegenüber Sowjet-Rußland handelt der Internationale Gewerkschaftsbund in genau derselben Weise. Bis jetzt hat er sich noch nicht einmal die Mühe genommen, gegen die Einmischung der fremden Mächte in die russischen Angelegenheiten in bestimmter und entschiedener Form zu protestieren, obwohl er sehr wohl weiß, daß diese zuwartende Haltung der Entente außerordentlich zuflatten kommt.

Diese Haltung des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes ist die logische Folge der Politik der verschiedenen nationalen Teile, aus welchen er besteht: eine Vereinigung von Sozialpatrioten und Verrätern an den Interessen der Arbeiter aller Länder kann nichts anderes hervorbringen als einen Internationalen Verband von Verrat.

Aber die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt kann sich mit der Feststellung dieser Tatsachen nicht begnügen. Der soziale Kampf wird immer schärfer. Der Bürgerkrieg hat das nationale Maß längst überschritten. An diesem erbitterten Kampf zweier feindlichen Welten nehmen die revolutionären Massenorganisationen teil und sie können nicht anders als daran teilnehmen Schulter an Schulter mit den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder. Es ist klar, daß der Internationale Gewerkschaftsbund, der zum Handlanger des Völkerbundes geworden ist, nicht das leitende Zentralorgan der revolutionären Gewerkschaftsbewegung sein kann. Ein solches Zentralorgan, ein solcher Stab mußte als Gegengewicht gegenüber dem Internationalen Gewerkschaftsbund geschaffen werden, und so wurde von

den Fachverbänden Rußlands, Englands, Italiens, Spaniens, Jugoslawiens, Bulgariens, Frankreichs und Georgiens am 15. Juli in Moskau ein neues Organ unter dem Namen: „Internationaler Rat der Fachverbände“ ins Leben gerufen. Der neue Generallstab der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die ungefähr 8 Millionen Mitglieder umfaßt, richtet an die Fachverbände der ganzen Welt den Appell, mit all jenen, die die verbrecherische Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie verteidigen, zu brechen und sich um das Banner des unveröhnlichen Klassenkampfes zu scharen, für die Befreiung der unterdrückten Menschheit.

Nicht Frieden, sondern Krieg verkündet der Internationale Rat der Fachverbände der Bourgeoisie aller Länder und darin liegt das Wesentliche unseres Handelns. Unser Programm ist die Unterwerfung der Bourgeoisie, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der unveröhnliche Klassenkampf, sowohl international wie national, und ein inniges Zusammenwirken mit der kommunistischen Internationale.

Wer der Meinung ist, daß die Arbeiterklasse die soziale Frage mittels Unterhandlungen und Kompromissen mit der Bourgeoisie lösen kann; wer glaubt, daß die Bourgeoisie dem Proletariat die Produktionsmittel freiwillig überlassen werde, wenn die Arbeiter die Mehrheit im Parlament haben; wer denkt, daß die Fachverbände in einer Zeit des Zusammenbruches der alten Verhältnisse, in der über das Schicksal der Welt entschieden wird, „neutral“ bleiben können; wer in der Zeit des erbittertsten Klassenkampfes, in dem wir leben, die soziale Versöhnung predigt — (hier ist eine Blüke im Text). Mögen alle diese Herren, die an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, wissen, daß wir sie als Feinde unserer Klasse betrachten und daß wir gegen sie und ihre Mandätre einen unerbittlichen Kampf führen werden.

Der Internationale Rat der Fachverbände und des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes stehen auf verschiedenen Seiten der Barrikade: auf der einen Seite die soziale Revolution; auf der anderen Seite die soziale Reaktion. Für den Proletarier, den ehrlichen Revolutionär kann die Wahl nicht schwer sein.

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe der Internationale Rat der Fachverbände!

Es lebe die Dritte Internationale!

Der Internationale Rat der Fachverbände.

Moskau, 1. August 1920.

Dazu bemerkt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgendes:

Es liegt für den Internationalen Gewerkschaftsbund kein Anlaß vor, sich gegen diese unsinnigen Angriffe zu verteidigen, die von etlichen Personen ausgehen, die nicht einmal den Mut aufbringen, ihren Namen darunter zu setzen.

Zimmerhin soll darauf hingewiesen werden, daß dieser sogenannte „Internationale Rat der Fachverbände“, in Wirklichkeit nicht besteht. Er vertritt niemanden; er ist nichts als Schwindel und Bluff. Das geht schon aus der Annäherung hervor, im Namen der Gewerkschaften Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Spaniens zu sprechen. In Wahrheit sind die Gewerkschaften dieser Länder ebenso wie die von 15 anderen Ländern dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Die anonymen Verfasser dieses Manifestes sind entweder bewußte Lügner oder armfertige Ignoranten, die von den Grundfakten, der Tätigkeit und den Zielen des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine Ahnung haben.

Die Beschuldigung der Abhängigkeit vom Völkerbund und vom Internationalen Arbeitsamt liefert dafür den Beweis. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Unabhängigkeit gegenüber beiden Körperschaften stets streng gewahrt und er hat sich, wenn dies nötig war, gegen sie gewendet und er wird es auch weiter tun, wenn das Interesse der Arbeiter es erheißt.

Die Beschuldigung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund machtlos und eine Organisation von Selben und Verrätern sei, wird widerlegt durch alles, was der Bund seit den wenigen Monaten seines Bestandes getan hat.

In Washington hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Völkerbund verpflichtet, dem deutschen und österreichischen Volke dieselben Rechte zuzusprechen, die sich die Arbeiter der anderen Länder erkämpft hatten.

Als die österreichischen Arbeiter vor Hunger umkamen, hat der Gewerkschaftsbund für Nahrung gesorgt und ihnen geholfen, ihre Organisation und ihre industrielle Kraft zu erhalten.

Als der weiße Schrecken Ungarn zu Boden warf, war es wieder der Internationale Gewerkschaftsbund, der dagegen einschritt und den Boykott über dieses Land verhängte. Und als in Folge der Situation zwischen Polen und Rußland neuerlich ein Krieg über die Welt hereinzubrechen drohte, war es gleichfalls der Internationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen, die den Transport von Waffen und anderem Kriegsmaterial verhinderten.

Einzig der Internationale Gewerkschaftsbund hat Taten aufzuweisen, während seine Kritiker sich damit vergnügen, Manifeste herauszugeben und sogenannte revolutionäre Reden zu halten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft bleiben, was er in der Vergangenheit war. Er hat keine Instruktionen zu empfangen, weder von rechts noch von links. Er wird sich jeder Diktatur widersetzen, komme sie nun von Moskau oder sonstwo. Er hat nur ein Ziel: die Befreiung der Arbeiter vom Joche ihrer Unterdrücker — ihrer politischen ebenso wie ihrer wirtschaftlichen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird der Moskauer Tendenz, die Arbeiter um politischer Zwecke Willen zu entzweien, den proletarischen alten Schlachtruf entgegenstellen:

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

W. A. Appleton, Vorsitzender.
 L. Souhaug, 1. Vizevorsitzender.
 C. Mertens, 2. Vizevorsitzender.
 E. O. Timmen, Sekretär.
 J. Oudegeest, Sekretär.

* * *

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (rechter Flügel) in Halle hat die Verleumdungen der Gewerkschaften durch folgenden Beschluß zurückgewiesen:

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, Sinowjew, brachte in seinem Referat zum Ausdruck, daß die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften viel gefährlicher seien als Bürgerwehr, Orghesch und Weißgardisten.

Diese Methode der bewußten und beabsichtigten Verleumdung der freien Gewerkschaftsbewegung wurde am nächsten Tage durch den Vertreter der russischen Gewerkschaften, Rosowski, fortgesetzt, er wagte es, den in den Gewerkschaften organisierten revolutionären Arbeitern und Angestellten nationalistische Politik zu unterstellen und die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften als „Gelbe“ zu verleumden.

Zu all diesen Beschimpfungen brachte es die sogenannte „Linke“ des Parteitages einschließlich der auf jener Seite sitzenden Gewerkschaftsvertreter fertig, stürmischen Beifall zu spenden.

Der Parteitag der USPD. weist aufs entschiedenste diese unerhörten Beschimpfungen und dauernde Herabsetzung der in den freien Gewerkschaften organisierten vielen Millionen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten und die

Methode der bewußten Verhegung der Gewerkschaften und die daraus folgende Spaltung der Gewerkschaften zurück.

Er fordert alle Mitglieder der Partei auf, mit verdoppelter Energie den Kampf um die Revolutionierung der freien Gewerkschaften und ihre Umwandlung in Industrieorganisationen fortzuführen, unter schärfster Ablehnung der Politik der Arbeitsgemeinschaften.

Angeichts der starken Einheitsfront des gesamten Unternehmertums ist die geschlossene Front der freien Gewerkschaften als Kampfinstrument gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen eine zwingende Notwendigkeit. Darüber hinaus aber müssen die freigewerkschaftlichen Organisationen aller Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam mit den Betriebsräten den Kampf um die Produktionskontrolle führen zur Einleitung und Unterstützung des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Verwirklichung des Sozialismus.

Dieser Befreiungskampf kann nur zum Siege führen, wenn die Einheitsfront der wirtschaftlichen Organisationen des revolutionären Proletariats unangetastet bleibt.

Der Parteitag fordert daher alle Genossen und Genossinnen auf, jeden Versuch — von welcher Seite er auch kommen möge —, die Zerspaltung in die Reihen der nationalen wie internationalen freien Gewerkschaftsorganisationen hineinzutragen, aufs entschiedenste zurückzuweisen.

Wer die Spaltung in die freie Gewerkschaftsbewegung hineinträgt, schwächt die Macht des revolutionären Proletariats, stärkt die Bourgeoisie und das Unternehmertum, verrät die Interessen der Arbeiter und verzögert damit den Sieg des Sozialismus.

Es lebe die Einheitsfront der revolutionären Hand- und Kopfarbeiter!"

* * *

Von der am 9. September 1920 nach Deutschland gekommenen russischen Delegation Rosowski und Genossen lief beim Bundesvorstand nachstehendes Schreiben ein:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Allrussischer Gewerkschaftszentralrat.
Delegation
der Gewerkschaften der R. S. F. S. R.
nach Westeuropa.

Berlin, am 23. September 1920.

An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund

Berlin.

Werte Kollegen!

Die sich augenblicklich in Berlin aufhaltende Delegation der Gewerkschaften Rußlands hat den Wunsch, folgende, die Gewerkschaften beider Länder interessierenden Fragen mit Euch zu besprechen:

1. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und die Auswanderung deutscher Arbeiter nach Rußland.

2. Die Kontrolle der Munitionszufuhr der Entente für Polen durch die Gewerkschaften.

3. Gegenseitige Information über die Gewerkschaftsbewegung in beiden Ländern.

Wollen Sie uns freundlich mitteilen, wann wir eine solche gemeinsame Sitzung veranstalten könnten.

Mit kollegialem Gruß

Der 1. Vorsitzende: CepreeL

Der 2. Vorsitzende: M. Rosowski.

Der Sekretär: M. Angelowitsch.

Unsere Adresse: Hotel „Warschauer Hof“, Dorotheenstraße 69.

Es haben dann mit dieser Delegation am 2. Oktober 1920 Verhandlungen stattgefunden, über die nachstehend wiedergegebenes unkorrigiertes stenographisches Protokoll Aufschluß gibt:

„Sitzung des Bundesvorstandes, Sonnabend, den 2. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr.

Verhandlungen mit der russischen Gewerkschaftsdelegation, bestehend aus den Genossen Losowskii, Angelowitsch, Antoschkin, Lawentjef, Sergejef, einer Uebersetzerin und einer Schriftführerin.

Außerdem waren anwesend die Mitglieder des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Vertreter des deutsch-russischen Vereins Gen. Glanz, der die Uebersetzung übernahm, und ein Stenograph.

Legien: Zunächst einige Fragen: In welchem Auftrag und mit welcher Legitimation kommen Sie nach Deutschland?

Losowskii: Die Kommission ist vom Allrussischen Gewerkschaftsbund geschickt worden, um sich zu informieren über die Gewerkschaftsbewegung in den westeuropäischen Ländern.

Legien: Wie lange sind die Genossen, die anwesend sind, schon in der russischen Gewerkschaftsbewegung tätig?

Losowskii: Von Anfang der russischen Bewegung an.

Legien: Also seit 1905.

Losowskii: Nein, seit der Revolution, seit 1917.

Legien: War Ihnen nicht bekannt, daß in Deutschland eine Gewerkschaftszentrale besteht, die die ganzen Angelegenheiten für die Gewerkschaften, auch die internationalen, erledigt?

Losowskii: Ja, sehr gut.

Legien: Warum haben Sie sich dann nicht für die ganzen Maßnahmen, die zu treffen sind, weil Sie sich nicht nur über Berlin, sondern über Deutschland informieren wollten, an uns, an die Gewerkschaftszentrale für Deutschland, gewandt? Sie sind doch schon seit 14 Tagen in Deutschland! Das ist etwas, was wir nicht recht verstehen können. Wir haben im internationalen Verkehr der Gewerkschaften bis jetzt immer von Zentrale zu Zentrale verhandelt. Wenn Delegationen aus irgendeinem Lande zu uns kamen, wandten sie sich an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, oder früher an die Generalkommission, und dann wurde eine Verständigung über die Durchführung der Untersuchungen, die sie anstellen wollten, herbeigeführt. Das ging eben durch die Zentrale. Es wurde nicht eine Verbindung mit einzelnen Orten geschaffen, sondern mit der Gesamtbewegung.

Losowskii: Unsere Aufgabe war nicht nur, mit der Zentrale zu sprechen, sondern unsere Informationen zu schöpfen von den verschiedenen Richtungen in den Gewerkschaften, und das kann man nur, wenn man sich in Verbindung setzt mit allen Gewerkschaftsorganisationen.

Legien: Aber erste Voraussetzung ist doch und internationale Gepflogenheit, daß man sich an die Gewerkschaftszentrale wendet. Das haben Sie nicht getan, sondern Sie haben sich an die Berliner Gewerkschaftskommission gewandt, die ein Glied unseres Bundes ist. Ich möchte gern wissen, aus welchen Gründen, sprechen Sie doch ganz offen.

Losowskii: Ich spreche sehr offen. Wir wissen, daß unsere politischen Anschauungen diametral verschieden sind von denen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Legien: War Ihnen nicht bekannt, daß wir trotz abweichender politischer Anschauungen keinen Anstand genommen haben, Ihnen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen, daß also diese abweichende politische Anschauung für uns hierbei nicht in Betracht kommen kann. Abweichende politische Anschauungen haben wir auch im internationalen Gewerkschaftsbund, so mit Frankreich, Italien, besonders mit den Vereinigten Staaten, das ist aber kein Hindernis gewesen, daß wir den ausländischen Gewerkschaftsmitgliedern die nötige Hilfe zwecks Information angezeihen ließen. Also das war der Grund, sich irgendeine Kommission in Deutschland herauszufinden, von

der Sie annahmen, daß sie Ihre politische Meinung teilt, deswegen haben Sie die Zentrale umgangen.

Losowski: Wir kannten die ganze Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes in der Kriegszeit und nach der Revolution und wußten, daß wir auf einem verschiedenen Standpunkt standen.

Legien: Wenn Sie unter solchen Voraussetzungen zu uns kommen, mit welchem Erfolge sollen wir nun die für die Arbeiterchaft Rußlands und für die Arbeiterchaft Deutschlands gewiß sehr wichtigen Fragen besprechen, wenn Sie von vornherein mit der Auffassung zu uns kommen, wir stimmen nicht überein. Sie wenden sich erst an eine Zweigorganisation unserer gewerkschaftlichen Organisation und jetzt kommen Sie zu uns und wir sollen mit Ihnen diese wichtigen Probleme lösen — wenn Sie uns so mit Mißtrauen entgegentreten!

Jedenfalls wollen wir es versuchen. Sie haben uns die Arbeit im Dienste der russischen Arbeiterchaft durch diese Ihre Stellungnahme ganz wesentlich erschwert. Doch das kann nicht entscheidend sein, die Fehler, die die Führer machen, sondern für uns ist immer entscheidend gewesen das Interesse der Arbeiterchaft und wir werden es auch in diesem Falle über die Fehler der Führer setzen.

Losowski: Das ist auch unsere Auffassung, daß wir nur vom Interesse der Arbeiterchaft ausgehen.

Legien: Also die erste Frage wäre: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und die Auswanderung der deutschen Arbeiter nach Rußland. Wollen Sie bitte dann Ihre Sache vortragen.

Losowski: Die ökonomischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland sind jetzt eine sehr wichtige Frage nicht nur vom Standpunkt der nationalen Aufgaben der beiden Länder, sondern das ist ein sehr wichtiges internationales Problem für die Arbeiterchaft der ganzen Welt.

Es ist selbstverständlich, daß Rußland und Deutschland ihren ökonomischen Organismus, ihr ganzes wirtschaftliches Leben nur dann rekonstruieren können, wenn gewisse ökonomische Beziehungen zwischen beiden Ländern eingeleitet werden. Der ökonomische Aufbau von Rußland und der ökonomische Aufbau von Deutschland geht zwei verschiedene Richtungen, und es ist selbstverständlich, daß die zwei verschiedenen Richtungen in einem Gegensatz sind. Die ökonomische Lage von Rußland ist die folgende: Rußland ist geschwächt durch drei Jahre imperialistischen Krieg und drei Jahre Bürgerkrieg, durch den Krieg, welchen wir forsetzen gegen den Imperialismus der ganzen Welt. Der ökonomische Organismus von Rußland, die Entwicklung der Produktion, der Technik, sind vor dem Kriege niedriger gewesen als das ökonomische Leben in Deutschland. Wenn das ganze deutsche Wirtschaftsleben jetzt in einer sehr schweren Lage ist, so ist es selbstverständlich, daß die ökonomische Existenz von Rußland, die ökonomischen Bedingungen in Rußland vielleicht noch schwerer sind, weil eben der ökonomische Organismus in Rußland schon vor dem Kriege schwächer gewesen ist und weil wir noch zwei Jahre länger Krieg führen als Deutschland. Für Rußland wie für Deutschland ist die Frage der ökonomischen Beziehungen eine Frage von Leben und Tod für beide Länder. Wenn ich von beiden Ländern spreche, so brauche ich wohl nicht zu unterstreichen, daß das auch für die Arbeiterchaft der beiden Länder gilt. Rußland ist einer der größten Staaten, der viel Rohmaterial hat. Vor dem Kriege haben wir in Rußland alle unsere Waren, wie Maschinen usw., von Deutschland importiert, 51 Proz. des russischen Imports, das macht mehr als eine Million Rubel, ist von Deutschland vor dem Kriege gekommen, exportiert wurden Rohmaterialien wie Leder, Holz usw. Die Isolierung von Rußland dauert schon sechs Jahre. Weder Deutschland noch Rußland können ihren ökonomischen Aufbau forssetzen, wenn die wirtschaftlichen Beziehungen nicht wiederhergestellt werden. Zu dem wirtschaftlichen Aufbau brauchen wir elektrische Maschinen, Lokomotiven, Turbinen usw. Die schwierigste Frage in Rußland ist die Transportfrage. Diese Frage ist entscheidend für unser ökonomisches Leben. Getreide und Rohmaterial ist vorhanden, es fehlt nur an Transportmitteln, um diese Rohmaterialien in die industriellen Zentren zu bringen. Der deutsche Imperialismus und der alliierte Imperialismus

hat einen Bloß gegen Rußland geschaffen. Der deutsche Imperialismus hat uns in Brest-Litovsk den Gnadenstoß gegeben, und der alliierte Imperialismus setzt dieselbe Taktik bis jetzt fort. Wenn wir Sibirien, die Ukraine, Archangelsk, Watu usw. verlieren, dann verlieren wir unsere Kohle, Baumwolle, Naphta, all diese Rohmaterialien, welche die Maschinen unserer Fabriken von Zentralrußland getrieben haben. Alle Schwierigkeiten unserer ökonomischen Lage in Rußland sind das Resultat dieser ökonomischen Strategie, welche die alliierten und die deutschen Imperialisten gegen Rußland fortgesetzt haben: Abschneiden Zentralrußlands, des industriellen Rußlands von den ökonomischen Gebieten, von welchen wir unsere Rohmaterialien geschöpft haben. Wie gesagt, die Frage ist für uns jetzt eine Frage des Transports. Der russische Transport ist desorganisiert. Er ist vor dem Kriege viel schwächer gewesen als der deutsche Transport. Rußland ist 45mal größer als das alte Deutschland — nicht das verkleinerte Deutschland nach dem Frieden von Versailles. Dabei ist das Eisenbahnnetz Rußlands dasselbe gewesen wie das Eisenbahnnetz von Deutschland, das heißt, unser Eisenbahnnetz ist 45mal kleiner als das deutsche. Rußland hatte vor dem Kriege weniger Lokomotiven, Waggons usw. als Deutschland. Wir hatten vor dem Kriege 23 000 Lokomotiven und hatten am 1. Januar 1920 nur 5000 Lokomotiven. Diese Ziffer kann Ihnen ein Bild geben von den Schwierigkeiten, welche Rußland, die russische Arbeiterschaft hat bei dem ökonomischen Aufbau, bei der Fortsetzung der Produktion. — Die Frage unserer ökonomischen Beziehungen ist aber nicht nur eine ökonomische Frage. Wenn es bloß eine ökonomische Frage wäre, dann wäre das sehr einfach: Rußland braucht Maschinen, Lokomotiven usw., Deutschland braucht Rohmaterial, da ist es sehr einfach, man kann einen modus vivendi, eine Form von Handelsbeziehungen finden. Aber das ist nicht nur eine ökonomische, eine Handelsfrage, sondern eine politische Frage, weil die Wiederherstellung der ökonomischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland gegen die ganze Politik der Alliierten geht. Wenn Deutschland die alten wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder eingeht, dann ist es möglich für Deutschland, seinen Ausbau fortzusetzen, ebenso wie für Rußland. Aber das Interesse der Alliierten ist, daß nicht Rußland und nicht Deutschland ihren ökonomischen Aufbau fortsetzen können, und die ganze Politik der Heiligen Alliance besteht darin, daß man Deutschland und Rußland ökonomisch schwächt. Das ist die Fortsetzung der ökonomischen Strategie, welche Deutschland früher gegen Rußland getrieben hat, wenn General Hoffmann uns von der Ukraine abgeschnitten hat usw. Also die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland ist eine internationale Frage von dem Standpunkte aus, daß sie zusammenstößt mit der ganzen Taktik und dem Programm der Alliierten. — Es gibt noch andere Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern, welche die Wiederaufnahme der ökonomischen Beziehungen erklären. Rußland ist jetzt ein einziger Käufer, der Staat.

Wir haben keine Privatunternehmungen, wir haben keine privaten Kommissiönäre in Rußland. Die Länder, mit denen Rußland ökonomische Beziehungen eingeht, können Rußland nur wie einen großen Käufer treffen. Es kommen auch in diesen Angelegenheiten verschiedene politische Fragen zwischen diesen beiden Ländern in Betracht, die die Wiederaufnahme der ökonomischen Beziehungen erklären. Erstens ist die ganze auswärtige Politik Deutschlands von der Revolution bis jetzt nicht eine Politik der Neutralität gegenüber Rußland gewesen, sondern eine Politik, welche in verschiedenen Momenten die Alliierten gegenüber Rußland gestärkt hat. Man braucht sich nur zu erinnern an die Eiserne Division in den baltischen Provinzen usw. und die verschiedenen Unterhandlungen, welche die deutsche Reaktion heute fortsetzt, um ihre Politik gegen Rußland zu treiben. Dazu kommt, wie gesagt, daß in Rußland die Fortsetzung der ganzen ökonomischen Beziehungen in der Hand des Staates liegt, während demgegenüber in Deutschland die verschiedenen isolierten Fabrikunternehmungen, Bankiers usw. stehen. Diese Situation stellt für die beiden Länder eine Reihe großer Schwierigkeiten für die Wiederaufnahme der ökonomischen Beziehungen dar.

Für die russischen Gewerkschaften, die einen großen Anteil an dem ökonomischen

Aufbau von Rußland nehmen, ist es sehr interessant zu wissen, welches die Meinung der deutschen Gewerkschaften über diese für beide Länder so wichtigen Beziehungen ist. Wie denken Sie über die Möglichkeit, diese Beziehungen zu festigen, wie denken Sie, können die beiden Länder im Interesse der Sicherung der Existenz der breiten Schichten der Arbeiterschaft diese Schwierigkeiten beseitigen. Wir haben über diese Frage unsere Meinung. Wir glauben, daß die ökonomischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, wie mit anderen Ländern, dann auf eine feste Basis gestellt werden können, wenn die ökonomischen Verhältnisse die gleichen sein werden. (Wörtlich: wenn eine gewisse Vergleichung in die verschiedenen ökonomischen Beziehungen kommen wird.) Es ist selbstverständlich, daß das kapitalistische Deutschland mit Privateigentum usw. immer in einem Gegensatz mit dem ganzen ökonomischen Leben in Rußland sein wird, und die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern können nur dann auf einen sicheren Boden gestellt werden, wenn sich die ökonomischen Bedingungen in beiden Ländern ausgleichen, das heißt: wenn Rußland zur privatkapitalistischen Wirtschaft übergeht, wenn in Rußland die Reaktion siegt, oder wenn in Deutschland andere soziale Verhältnisse geschaffen werden. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die anderen Länder. Wenn die Unterhandlungen mit den Alliierten Amerika, Japan, Frankreich, England usw. so schwierig sind, so liegt der Grund in diesen ökonomischen Unterschieden. Es ist unmöglich, daß das kapitalistische Europa mit einem Staat, welcher auf einem neuen Grunde aufgebaut ist, in ökonomische Beziehungen tritt. Es handelt sich da bei diesen Fragen für die ganze Welt um Kampf Fragen, um Machtfragen, und es kommt darauf an, welche von den beiden kämpfenden Seiten siegen wird. Man kann mit Lloyd George unterhandeln, ein, zwei Monate oder mehr, aber der Kampf geht fort, und während die Unterhandlungen geführt werden, liefert England Munition für Polen, um Rußland zu bestegen.

Wir stellen die Anfrage, weil wir glauben, daß für die russische Arbeiterschaft die Meinung der deutschen Gewerkschaftszentrale über diese Angelegenheiten sehr interessant und sehr wichtig ist.

Wenn es in Deutschland eine Arbeiterorganisation gibt, welche eine große Wirkung auf das ganze wirtschaftliche und politische Leben hat, so ist es die große deutsche Gewerkschaftsbewegung; ihre Meinung, ihre Taktik, ihr Programm und ihre Tätigkeit in diesen Angelegenheiten können eine andere Situation schaffen, können den ökonomischen Aufbau in den beiden Ländern erschweren oder erleichtern, das heißt, große Schichten von Arbeitern in beiden Ländern retten, die sich in einer sehr schweren Lage befinden. Ich glaube, daß eine Diskussion zur Klärung der verschiedenen Ansichten und Wünsche in diesen Fragen beitragen könnte.

Legien: So lange wir uns im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes näher mit der Frage des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens beschäftigen, ungefähr seit Ende vorigen Jahres, haben wir stets als erste Voraussetzung für die ökonomische Wiederherstellung Deutschlands in den Vordergrund gestellt, daß wir mit Rußland in wirtschaftliche Beziehungen kommen. Aber wir können selbstverständlich nicht, und am allerwenigsten können die russischen Arbeiter solange warten mit dieser wirtschaftlichen Verbindung, bis die politische Gestaltung der Verhältnisse in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, sich dem anpaßt, was in Rußland gegeben ist. Wir können nicht so lange warten und — wie gesagt — am wenigsten die russische Arbeiterschaft. Das kann also nicht die Voraussetzung für die Wiederaufnahme unserer wirtschaftlichen Beziehungen sein, und es scheint auch nicht einmal die Voraussetzung für die Vertreter der Sowjetregierung zu sein, wie ich noch darlegen werde. Die politische Gestaltung in diesen Ländern — da ist mein Vorkenner im Zentrum — ist für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten nicht das entscheidende. Jedenfalls kann ich feststellen: Wir hier in Deutschland sind, solange wir uns mit der Sache beschäftigen, auf das äußerste bemüht gewesen, in wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland zu kommen. Da wir nun in Deutschland nicht in der Lage sind — es sind Rechtsverhältnisse und Zweckmäßigkeitgründe, die für uns dabei entscheidend sind —, als Gewerkschaften die nötigen Einrichtungen für die Aufnahme

dieser Beziehungen zu schaffen, so haben wir uns dafür eine besondere Einrichtung geschaffen, die Rechtsfähigkeit hat, das ist die Deutsche Oekonomiegesellschaft. Sie hat zum ausschließlichen Zweck die Herbeiführung wirtschaftlicher Beziehungen, geschäftlicher Verbindungen. Kreditgeber ist ein schwedischer Finanzmann, der mit der Kredittransaktion der schwedischen Gewerkschaften beauftragt war, in der Hauptsache ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in ihr vertreten. Es sind drei Teilhaber. Wir hatten in erster Linie die Textilindustrie wieder aufbauen wollen und haben deshalb auch einen Vertreter der Textilindustrie als Teilhaber in die Gesellschaft aufgenommen. Es würde zu weit führen, wenn ich Ihnen vorlegen wollte, wie die Rechtsverhältnisse in Deutschland sind; wir haben keine Rechtsfähigkeit für unsere Organisation, die Geschäftsabschlüsse würden also keine Verbindlichkeit haben. Es handelt sich dabei aber um Millionengeschäfte, die kann man nicht ohne rechtliche Unterlagen machen. Deshalb ist zu diesem Zweck die Oekonomiegesellschaft geschaffen. Wir wollen nun von dieser Gesellschaft auch insbesondere wirtschaftliche Verbindungen mit Rußland schaffen. Es war im Januar d. J., als wir zum ersten Male mit dem Vertreter der Sowjetregierung, Kopp, über diese Frage verhandelten. Wir wußten, daß die russische Bevölkerung insbesondere Not leidet an pharmazeutischen Präparaten, Arzneien usw., wollen zunächst auf diesem Gebiete schaffen haben mit Kopp darüber verhandelt. vorher mit unserer Arbeitsgemeinschaft der chemischen Industrie, und nach langem Hin und Her konnten wir die Zusage machen, daß ein größeres Quantum, 3000 Tonnen chemischer Präparate, insbesondere pharmazeutische, nach Rußland geliefert werden sollten. Wir erklärten Kopp, daß wir in Deutschland dringend bräuchten: Hans, Flach, Felle, eventuell Platin. Es sollte also ein richtiger Warenaustausch sein, der zwischen dieser Gesellschaft und dem Vertreter der russischen Sowjetregierung herbeigeführt würde. Diese geschäftlichen Unternehmungen können nicht von der deutschen Regierung ausgehen. Wir stehen unter dem Zwang des Versailleser Friedensdiktales, das uns gerade in ökonomischer Beziehung eine große Menge Hindernisse bereitet. Auf Grund dieses Friedensdiktales besteht die Möglichkeit, daß, wenn die deutsche Regierung derartige Geschäfte machen würde — es waren damals ja eine große Zahl Sozialisten in der deutschen Regierung, mit deren Einverständnis wir handelten —, die Zahlungsmittel, ob es nun Gold oder Waren sind, als Staatseigentum gelten würden und jeden Augenblick der Beschlagnahme durch die Entente unterliegen würden, die sie auf Grund des Friedensdiktales von Versailles als Zahlungsmittel für sich in Anspruch nehmen könnte. Daher kann die Regierung solche Unternehmungen bei uns nicht durchführen. Die Verhandlungen haben aber damals mit Kopp und Genossen aus Schweden unter Teilnahme des damaligen Wirtschaftsministers stattgefunden, also im vollen Einverständnis der zuständigen Regierungsstelle. Kopp erklärte uns, Rußland hätte Rohstoffe in überreichem Maße, aber sie liegen in allen Teilen Rußlands, es fehlt an jedem Transportmittel, insbesondere an Lokomotiven. Die einzige Möglichkeit, um das russische Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist also, daß Transportmittel geschaffen werden. Ich erklärte Kopp, daß sich die Sache wohl durchführen ließe auch auf diesem privaten Wege. Die russische Regierung brauchte nur der Oekonomiegesellschaft, also den deutschen Gewerkschaften, ein Angebot zu machen, und wir würden dann für das weitere sorgen, wir würden mit der Metallindustrie verhandeln. Es vergingen darüber zwei Monate, dann erst kam Kopp wieder, erklärte die Sache wäre so weit, die Russen sind jetzt bereit, Lokomotivbestellungen zu machen. Wir nahmen seitens der Oekonomiegesellschaft die Sache in die Hand. Ich habe sofort mit dem Verband der Lokomotivfabrikanen verhandelt. Dieser erklärte sich bereit, unserer Oekonomiegesellschaft eine Offerte für die russische Regierung zu machen. Diese Offerte blieb aus, und auf unsere Beschwerde beim Lokomotivfabrikantenverband erklärte uns dieser: wie können wir mit Ihnen weiter verhandeln, wenn gleichzeitig der Vertreter der Sowjetregierung, Kopp, mit allen möglichen Privatindustriellen, mit Gentzel in Rassel, Hoffmann in Breslau, Krupp in Essen usw. verhandelt, mit wem haben wir es nun eigentlich zu tun, mit einem Vertreter der russischen Regierung oder mit den deutschen Gewerkschaften, mit der Oekonomiegesellschaft? Daraufhin zogen wir Kopp zur

Rechnenschaft und er erklärte: die Fabrikanten seien im Irrtum, er habe wohl mit verschiedenen Firmen, Hoffmann usw. verhandelt, aber nicht etwa wegen Abschluß einer Lieferung, sondern er hätte sich nur vergewissern wollen, ob die betreffenden Fabrikanten dann auch wirklich diesen Typ, der für russische Eisenbahnen gebraucht würde, würden ausführen können und wollen. Das wurde von den Fabrikanten bestritten und schließlich wurde dann ein Vertrag mit Kopp abgeschlossen, notariell beglaubigt, daß die Oekonomiegesellschaft diese Aufträge ausführen solle. Zugleich kam ein Schreiben von Krassin aus Kopenhagen, worin er mitteilte, daß er gehört habe, die Gewerkschaften Deutschlands interessierten sich für die Lieferung von Lokomotiven von Rußland und wollen die Kontrolle der Lieferung übernehmen. Er bitte dringend um unsere Beihilfe. Ich antwortete ihm, daß unser Interesse kein theoretisches sei, sondern wir bereits praktisch eingegriffen haben und mit den Lokomotivfabrikanten in Verhandlungen wegen der Lieferung ständen. Einige Schwierigkeiten, die sich in letzter Zeit ergeben hatten, wären durch den Abschluß eines Vertrages mit dem Vertreter der Sonjetezierung Kopp beseitigt worden, so daß ein baldiger Abschluß zu erwarten sei. Ueber diese Vorgänge und den Wortlaut des Vertrages sei er wohl durch Kopp unterrichtet. Er könne versichert sein, daß die Gewerkschaften Deutschlands ihr bestes daransehen werden, die Sache zugunsten der Arbeiterschaft beider Länder zu erledigen. Kopp hatte mir gesagt, daß er den Vertrag an Krassin senden würde. Mittlerweile wird er dann auch die nötigen Unterlagen bekommen haben, so daß wir praktisch die Sache in Angriff genommen haben. Die Sache blieb eine Zeitlang wieder auf sich beruhen. Dann war an Stelle von Kopp Professor Lomonosoff nach Berlin gekommen. Wir haben wiederholt mit ihm verhandelt. Er erklärte, er hätte doch Bedenken, mit den Gewerkschaften Deutschlands die Sache zu machen, denn demgegenüber ständen ja die Kommunisten usw. Ich habe ihm erklärt, ich wüßte nicht, ob er die deutschen Verhältnisse kenne, was eigentlich die Kommunisten bei uns in Deutschland seien, welche Bedeutung sie im Wirtschaftsleben, auch politisch, vor allem aber in unseren wirtschaftlichen Organisationen, in den Gewerkschaften, hätten. Wir haben in unseren Gewerkschaften alle politischen Richtungen vereinigt, wir haben Kommunisten als Mitglieder, ebenso wie U.-S.-P.-Leute und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei. Die gewerkschaftlichen Organisationen stehen bei uns heute noch, und ich glaube mit ziemlicher Sicherheit sagen zu können — ich stehe seit dreißig Jahren an dieser meiner Stelle, kenne ungefähr die Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung, politisch wie wirtschaftlich —, und ich glaube mit gutem Gewissen sagen zu können, sie stehen nicht nur heute in sich geschlossen, sondern sie werden diese Geschlossenheit auch für absehbare Zeit behalten. Diese politischen Strömungen, die sich bei uns geltend machen, hätten, wenn es anders wäre, unsere gewerkschaftlichen Organisationen schon zerstört, wenn sie zerstört werden könnten und das, was sich neuerdings zeigt, diese noch radikalere Strömung, wird am allerwenigsten geeignet sein, die Gewerkschaften in ihrer Einheit und Geschlossenheit zu zerstören. Was sich zeigt in Rheinland-Westfalen z. B., die Arbeiterunion, die Syndikalisten, seien Abplitterungen, keine Splitter wirtschaftlicher Organisationen, die einen nennenswerten Einfluß auf das Wirtschaftsleben nicht ausüben können und die einen überwiegend politischen Charakter tragen. Unsere gewerkschaftlichen Organisationen, die wir hier vertreten, zählen heute 8½ Millionen Mitglieder. Also eine Ziffer, die gewissermaßen die gesamte industriell tätige Arbeiterschaft darstellt. Also Sorgen wegen der Kommunisten, sagte ich zu Professor Lomonosoff, brauchen Sie nicht zu haben. Lomonosoff hat aber dann nicht weiter mit uns verhandelt, sondern mit Reichkapitalisten. Er machte noch den Einwand, der Metallarbeiterverband stehe wohl nicht hinter der Oekonomiegesellschaft. Ich sagte ihm: hinter der Oekonomiegesellschaft stehen alle unsere gewerkschaftlichen Organisationen, dazu gehört auch der Metallarbeiterverband, sie ist entstanden auf Grund von Beschlüssen der Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände. Ich habe dann aber noch Veranlassung genommen, mit den beiden Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes und einem weiteren Vorstandsmitglied, die in Berlin anwesend waren, an demselben Tage zu verhandeln, habe ihnen die ganze Sachlage im einzelnen dargelegt und von

ihnen die Erklärung an Professor Lomonosoff ergehen lassen, daß der Metallarbeiterverbandsvorstand mit den Maßnahmen der Oekonomiegesellschaft in allen Punkten einverstanden ist und die Garantie dafür übernimmt, daß, wenn die Privatkapitalisten in Deutschland sich weigern sollten, den Auftrag der gewerkschaftlichen Organisationen, also der Oekonomiegesellschaft, auszuführen, der Verband die Unternehmer schon zwingen werde, unseren Forderungen Folge zu geben. Lomonosoff hat dann am anderen Tage mit Privatkapitalisten Verträge abgeschlossen, hat zunächst an Gentschel in Kassel einen Auftrag auf 200 Lokomotiven gegeben und hat damit die gewerkschaftlichen Organisationen, deren Hilfe Sie jetzt für den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen in Anspruch nehmen wollen, ausgeschaltet. Also Sie sehen, daß offenbar nach Ansicht der Sowjetregierung für die Aufnahme der wirtschaftlichen Verbindungen zweier Länder nicht die gleiche Gestaltung der politischen Verhältnisse die Voraussetzung ist, denn der Vertreter der Sowjetregierung hat unter Umgehung der einzig nennenswerten geschlossenen Arbeiterorganisation, die ihm ein Angebot gemacht hatte, die die ganzen Vorarbeiten für die Durchführung dieses Projektes geleistet hatte, die Abschlüsse mit Privatkapitalisten gemacht. Wären sie mit den Gewerkschaften gemacht worden, so stände die Fabrikation der Lokomotiven unter der Kontrolle der gewerkschaftlichen Organisationen. Jetzt haben wir gar keine Kontrollmöglichkeit. Die Unternehmer sollen Lomonosoff gegenüber, wie er mir sagte, erklärt haben, niemals würden sie über die Gewerkschaften eine Offerte an die russische Regierung einreichen. Ich habe ihm erwidert, er solle es nur ruhig darauf ankommen lassen, ich gebe ihm die Garantie, binnen einem Monat haben die deutschen Lokomotivfabrikanten durch die Oekonomiegesellschaft die Offerte für Lokomotiven gemacht. Aber wie gesagt, es blieb dabei. Wir sind also durch dieses Vorgehen des Vertreters der Sowjetregierung ausgeschaltet worden. Würden wir in der Oekonomiegesellschaft den Auftrag bekommen haben, so hätte die ganze Preisberechnung und Fabrikation der Lokomotiven der Kontrolle der Gewerkschaften unterlegen. Jetzt sind wir ausgeschaltet, nicht durch unsere Schuld.

Diese kurze Darlegung zeigt Ihnen nur in ganz groben Umrissen, wie wir uns bemüht haben, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland durch die Gewerkschaften herbeizuführen. Daraus werden Sie schon erkennen, daß wir mit Ihnen vollständig einer Meinung sind, daß durch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse die wirtschaftliche Verbindung der beiden Länder herbeigeführt werden muß. Ich wiederhole, ich für meinen Teil bin der festen Ueberzeugung, daß die einzige Rettung für die Arbeiterklasse Deutschlands, wie die ganz Westeuropas, vor dem völligen Zusammenbruch die Herstellung wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Rußland und Deutschland ist. Ich glaube, daß dieser Versuch, den wir gemacht haben, wenn er auch jetzt gescheitert ist, nicht der letzte sein wird. Wir werden ihn über kurz oder lang, wenn sich die Verhältnisse in Rußland einigermaßen konsolidiert haben und die Arbeiterklasse Rußlands auf die Sowjetregierung größeren Einfluß besitzen wird, auch wiederholen und sicher mit günstigerem Erfolg, so daß ich ganz bestimmt glaube, es wird mit der Zeit gelingen, durch die beiderseitigen wirtschaftlichen Organisationen auch die gegenseitige wirtschaftliche Verbindung durchzuführen. (Die Rede wird durch Genossen Glanz, für die russische Delegation ins Russische überseht.)

R o s o f f: Sie sagten vorhin, daß der Import Rußlands an Maschinen und dergleichen über eine Million Rubel betragen habe. Der ganze Export Deutschlands nach Rußland betrug im Jahre 1910 625 Millionen Mark, das sind 300 Millionen Rubel nach dem damaligen Münzstand. Vielleicht haben Sie hinzugerechnet, was mit deutschen Schiffen aus westlichen Häfen nach Rußland gekommen ist.

G l a n z: Die Ziffern sind von 1909 bis 1914 ganz enorm gestiegen. 1913 hat Deutschland nach Rußland für 620 Millionen Rubel, das sind 1,4 Milliarden Mark, ausgeführt. 1914 bis zum Kriege war die Ausfuhr noch gewaltiger.

L o s o w s k i: 51 Proz. unseres Imports sind von Deutschland gekommen. Doch das ist eine Frage der Statistik. Ich habe zunächst zwei Fragen zu stellen: Welche Elemente enthält die Oekonomiegesellschaft? Nur gewerkschaftliche Organisationen? Oder sind in ihr auch andere Organisationen enthalten?

Legien: Die Oekonomiegesellschaft ist geschaffen worden auf Grund des Kredits, den die skandinavischen Gewerkschaften uns in Höhe von 5 Millionen Kronen gegeben haben. Dieser Kredit war ursprünglich zu dem Zwecke gegeben, Nahrungsmittel nach Deutschland zu schaffen, was aber infolge des mittlerweile veränderten Standes der Valuta nicht möglich war, weil der Preis für die einzuführenden Nahrungsmittel höher geworden wäre, als unsere Gewerkschaftsmitglieder für die im Inland erzeugten zahlen mußten. Deshalb wollten wir diesen Kredit zum Wiederaufbau unserer Industrie verwenden, und weil wir der Lage entsprechend zuerst mit der Textilindustrie beginnen und Baumwolle nach Deutschland einführen wollten, haben wir den Syndikus der sächsischen Textilindustriellen Reichs in die Oekonomiegesellschaft aufgenommen. Es sind nur drei Teilhaber: Nischberg, der Vermittler des schwedischen Gewerkschaftskredits, ich als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Syndikus der sächsischen Textilindustriellen. Wir haben jetzt die Forderung an ihn gestellt, daß er ausreten soll, weil der Versuch mit der Textilindustrie mißlungen ist. Die Textilfabrikanten haben uns genau so boykottiert und sabotiert wie die Maschinenfabrikanten. Diesmal wäre es ja anders gegangen, wenn nicht Lomonosoff als Vertreter der Sowjetregierung falsch gehandelt hätte. Also weil der Zweck der Gesellschaft war, zunächst zu versuchen, die deutsche Textilindustrie auszubauen, nahmen wir einen Vertreter dieser Industrie hinein. Da wir jetzt mit den Lokomotivfabrikanten die Sache machen wollten, wollten wir den Textilindustriellen hinausheben und einen Vertreter der Metallindustrie, wahrscheinlich einen Vertreter vom Metallarbeiterverband, hineinhaben. (Rosowski: Einen Arbeiter?) In diesem Falle einen Arbeiter. Im übrigen liegt die Sache so, daß Nischberg und ich als Teilhaber die Mehrheit haben. Wir können alles bestimmen, was in der Oekonomiegesellschaft geschieht, so daß die Teilhaberschaft des Vertreters der sächsischen Textilindustriellen gar keine Bedeutung hat. Um von vornherein auszuschließen, daß die Teilhaber Geschäftsgewinne machen, ich von Nischberg und mir bestimmt, daß das eingelegte Kapital — für jeden Teilhaber 10 000 Mk. — nur mit 6 Proz. verzinst wird. Ich habe bei Gründung der Oekonomiegesellschaft an dieser Stelle gesagt, selbst wenn ich die 10 000 Mk. hätte, die ich nicht habe, um sie einlegen zu können, so würde ich es nicht tun, sondern das ist eine offizielle Einrichtung des Gewerkschaftsbundes, und diese 10 000 Mk., die auf meinen Namen dort eingelegt sind, sind Eigentum des Gewerkschaftsbundes. (Rosowski: Die 5 Millionen Kronen Kredit sind von den schwedischen Gewerkschaften gegeben?) Ja, zwei Millionen Kronen von den schwedischen und drei Millionen von den dänischen Gewerkschaften.

(Die Ausführungen Legiens werden ins Russische übersetzt.)

Legien: Alle Ueberschüsse kommen an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. (Auf eine weitere Frage Rosowskis): Lomonosoff machte den Einwand, daß wir eine kommunistische Bewegung in Deutschland haben, die sich gegen die Oekonomiegesellschaft und gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund wende und daß durch diese Agitation, die dort betrieben werde, die Durchführung dieser Geschäfte verhindert werden könne.

Rosowski: Das ist uns sehr interessant. Besteht über diese Verhandlung mit Lomonosoff ein Protokoll?

Legien: Nein. Ich kann aber als Zeuge für die Wichtigkeit dieser meiner Darstellung den Genossen Nischberg anführen und den Genossen Jansson, den Sozialattaché der schwedischen Gesandtschaft hier in Berlin, der lange Jahre Mitredakteur unseres „Korrespondenzblattes“ war. (Wird übersetzt.)

Rosowski: Die Frage interessiert uns sehr, eine solche Deklaration von unserem Vertreter müssen wir genau wissen. (Zuruf: Ihre Vertreter im Ausland sind überhaupt wenig orientiert!) Dazu sind wir gekommen, um die Führer zu kontrollieren. (Geisterkeit.)

Giang: Lomonosoff war Vorsitzender des Komitees der Staatsbauten, also mit kolossalen Vollmachten. Das Komitee für Staatsbauten gehört zum Obersten Rat von der Volkswirtschaftlichen Abteilung. Es muß mehr als technische Einrichtung betrachtet werden, als Fachministerium.

Lojowski: Da diese Bekundung Ihrerseits wegen Professor Lomonossow jedenfalls politische Konsequenzen nach sich ziehen wird, so wollen wir festgestellt wissen, in welcher Weise sich die Gewerkschaften die Durchführung derartiger Pläne denken, wie sie sich die Kontrolle über die Ausführung der Bestellungen vorstellen.

Legien: Wir würden, wenn der Auftrag der Deutschen Oekonomiegesellschaft erteilt würde auf Lieferung der Lokomotiven, dem Metallarbeiterverband Mitteilung gemacht haben. Dementsprechend würden dann die Arbeitslöhne zu bemessen sein usw. Die Arbeiter wären dann durch die Gewerkschaften für die Ausführung der Arbeit, für die rechtzeitige Lieferung, vielleicht bevorzugte Lieferung, interessiert. Insofern hätte der Einfluß der Gewerkschaften große Bedeutung: 1. Die Kontrolle der Preise, des Unternehmergewinns, der Differenz zwischen Unternehmergeinn und Herstellungskosten, und 2. die schnelle Ausführung durch die größere Arbeitsbetätigung, weil die Sache durch die Gewerkschaften geht. (Wird überseht.)

Wissell: Bei dem lebhaften Interesse, das die deutschen Arbeiter für die russischen haben, würden sie dann ja auch ganz besonders gezeigt haben, was sie nun zu leisten imstande sind. Sie würden wahrscheinlich noch über das Maß von Anstrengung hinaus, das sie sonst anzuwenden haben, hier beweisen, wenn die Sache durch die deutschen Gewerkschaften gegangen wäre. Heute, wo die Arbeiter nur im Auftrage der Fabrikanten arbeiten, lebt in ihnen die gelinde Befürchtung: Werden die Maschinen nun denn auch später wirklich für Rußland geliefert? Sie wissen gar nicht, was da noch dazwischen kommen kann. (Legien: Das ist ausgeschlossen, weil ein besonderer Typ in Betracht kommt!) Aber diese Befürchtung wäre von vornherein genommen. (Wird überseht.)

Lojowski: Wenn die Oekonomiegesellschaft die Bestellung von der russischen Sowjetregierung nimmt, dann muß die Oekonomiegesellschaft auch die Preise feststellen. Dann teilt sie das dem Vorstand der Textilarbeiter oder Metallarbeiter mit und dieser Verband verwirklicht die Kontrolle der Preise, welche die Oekonomiegesellschaft feststellt?

Legien: Vorher kann der Verband nicht gefragt werden. Wir müssen Sachleute dazu heranziehen, durch die die Offerte auf ihre Richtigkeit geprüft wird, auf die richtige Bemessung der Materialkosten, der Arbeitslöhne usw. Dem Verband selbst würden wir die Entscheidung nicht überlassen können, aber immerhin würden wir uns von dem Verband die sachkundigen Leute zur Prüfung der Offerte vorschlagen lassen. (Lojowski: Wenn die Preise schon festgestellt sind?) Nein, vorher, ehe der Vertrag abgeschlossen ist, wenn die Offerte einläuft, würden wir, wenn der Metallarbeiterverband uns nicht genügend Ingenieure für die Durchführung vorschlagen kann, uns an den Verband der technischen Angestellten und Beamten von der Altwenden, und die würden uns entsprechende Ingenieure des Lokomotivbaues vorschlagen. Die prüfen, ob die Offerte richtig ist und dann wird die Offerte angenommen, der Vertrag abgeschlossen. Dann teilen wir dem Metallarbeiterverband mit: Das und das sind die Bedingungen, und dann wird der Metallarbeiterverband für die Durchführung dieser Bedingungen sorgen. (Zuruf.) Jetzt nicht mehr, nachdem der Vertreter der Sowjetregierung Verträge mit Privatkapitalisten macht, sind wir ausgeschlossen. Soweit die Lokomotivbestellung in Frage kommt, ist die Sache für uns erledigt. (Glanz: Aber das sind nur 200 Stück!) Nein, Professor Lomonossow hat am anderen Tage, nachdem ihm der Bescheid der Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes von uns übermittelt war, 200 Lokomotiven bestellt, dann ist er nach Essen gereist, um bei Krupp weitere Bestellungen zu machen, dann war er bei Linde und Hoffmann in Breslau und was er bei Vorisig bestellt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber ich glaube, wir können diese ganze Sache jetzt zunächst auf sich beruhen lassen. Das eine dürften Sie aus alledem entnehmen, daß wir im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die feste Absicht haben, die wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Arbeiterschaft durch die gewerkschaftlichen Organisationen herbeizuführen, allerdings aus den angeführten Gründen über diesen Mittelweg durch die Oekonomiegesellschaft, den wir uns geschaffen haben. (Wird überseht.)

Анжеловицкй (übersetzt): Abgesehen von einem Vorschlag, den die Vertreter dieser Kommission noch am Schluß dieser Beratungen zu machen haben, fragt der Redner an, ob es möglich wäre, die schon abgeschlossenen Verträge irgendwie zu ergänzen oder sonst zu bewirken, daß die Arbeiter daran beteiligt werden können.

Le g i e n: Es handelt sich um geschäftliche Abschlüsse. Daran sind die beiden Kontrahenten gebunden. Da ist meines Erachtens nichts zu machen. Die Sache betrachte ich als erledigt. Angenommen, die Vertreter der russischen Regierung würden die Verträge rückgängig machen, dann würden die Fabrikanten Widerstand leisten. Uns liegt doch vor allem daran, daß die russische Regierung Lokomotiven bekommt. Wie sie die bekommt, soll uns gleichgültig sein. Wir legen kein Gewicht darauf, die Sache rückgängig zu machen. Uns liegt nur daran, daß Sie zu Lokomotiven kommen, denn das ist doch eine Lebensfrage für Rußland. (Wird übersetzt.)

Л о с о в с к и: Ich glaube folgendes feststellen zu können:

1. Die deutschen Gewerkschaften sind darauf vorbereitet, alles mögliche zu tun, um die ökonomischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wieder aufzunehmen.

2. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vorstände der verschiedenen Gewerkschaften werden ihren Einfluß auf die Ausführung der Verträge ausüben. Von unserer Seite brauchen wir nur die verschiedenen Materialien für die verschiedenen Unterhandlungen von der Oekonomiegesellschaft für die Verträge, welche die Oekonomiegesellschaft macht.

С о h e n: Ich möchte sagen, daß es für die Einschaltung der deutschen Gewerkschaften dann doch wohl noch nicht zu spät ist. Wenn in diesem einen Falle es sich um 200 Lokomotiven von Hentschel gehandelt hat, so liefern doch die großen deutschen Lokomotivfabriken pro Monat 100 Lokomotiven. In Berlin gibt es zwei Lokomotivfabriken: Schwarzkopff und Vorsig, die liefern pro Tag eine Maschine. Aber Hentschel ist größer als die beiden zusammen. Krupp hat sich erst jetzt auf die Fabrikation von Lokomotiven neu eingestellt. Hoffmann u. Linde in Breslau fabrizieren nicht Lokomotiven, sondern Waggons, es ist die größte Waggonfabrik Deutschlands. Was Sie in Rußland brauchen, sind nicht 200, sondern Tausende von Lokomotiven. Wie weit nun schon Verträge mit dem Verband der Lokomotivfabrikanten abgeschlossen sind, weiß ich nicht. Natürlich legen wir großen Wert darauf, daß die Gewerkschaften in diesen ganzen Produktionsprozeß eingeschaltet werden. Welche Bedeutung das hat, wenn wir direkt als Besteller auftreten für die ganze Produktion und Fabrikation, wird jedem ohne weiteres klar sein. Aber selbst wenn die Bestellung von Lokomotiven für die nächste Zeit nicht mehr in Betracht käme so ist ja Deutschland auch Exporteur für landwirtschaftliche Maschinen, Lokomobile, Dreschmaschinen Schneidemaschinen. Auch diese sind in ganz gewaltigen Massen nach Rußland ausgeführt worden. Die deutschen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken können nur einen geringen Prozentsatz ihrer Produktion aufrechterhalten, wenn sie keinen Export nach Rußland haben. Ob da auch schon Abschlüsse ge'ähtet sind, weiß ich nicht. (Wird übersetzt.)

Le g i e n: Also ich würde den Genossen nicht empfehlen, Schritte zu unternehmen, die etwa die einmal abgeschlossenen Verträge brechen und die Lieferung unterbinden könnten. Wenn Sie vorwärts kommen wollen und wir uns gegenseitig helfen wollen, müssen Sie doch zunächst Verkehrsmittel bekommen. Auf welchem Wege, soll uns gleichgültig sein. (Wird übersetzt.)

Л о с о в с к и: Die Frage kommt nicht mehr für die Verganzenheit, sondern für die ganze Zukunft in Betracht, denn Rußland braucht Tausende von Maschinen, landwirtschaftliche Maschinen, Elektrizitätsmaschinen usw. Das ist eine Frage der Arbeit von vielen Jahren.

Ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn zwei oder drei Vertreter von uns mit zwei Vertretern von der Generalkommission alle diese Fragen besprechen und dann zu praktischen Vorschlägen kommen. Wir werden dabei praktische Ausführungen machen für die Zukunft, feststellen, was wir brauchen. Eine Reihe von Fragen im allgemeinen sind vielleicht schon klar, aber um die Sache praktisch zu besprechen bedarf es doch eines Vorstudiums zusammen mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerks-

schafsbundes. Ein Genosse fragt noch, ob Deutschland technisch in der Lage wäre, für Rußland verschiedene elektrische Maschinen zu liefern. (Cohen: Soviel Sie haben wollen!)

Gr a f m a n n: Es müßte natürlich nur die Möglichkeit vorhanden sein, die notwendigen Rohstoffe einzukaufen, diese Möglichkeit fehlt zum Teil. (Umbreit: Nein, es ist genug Kupfer da!)

L e g i e n: Ich glaube, wir sind mit diesem Vorschlag des Genossen Losowski einverstanden, nur werde ich in der nächsten Zeit nicht an den Verhandlungen teilnehmen können. Wie lange bleibt die Kommission noch hier? (Losowski: Wir haben Urlaub von vier Wochen, aber ich glaube, wir werden bleiben, bis wir diese Fragen gelöst haben, weil das eine der wichtigsten Fragen für die russische Arbeiterschaft ist.) Ich muß nach Genf, Amsterdam und dann nach London reisen.

L o s o w s k i: Man könnte es so machen, daß Genosse Jansson ein Mitglied dieser Kommission sein kann. Nützlich wäre es auch, wenn der Genosse Schberg telegraphisch eingeladen würde. Dann würde nicht nur theoretisch diskutiert werden, sondern praktische Arbeit geleistet werden.

G l a n z: Es ist sehr gut, wenn die Sache praktisch gehandhabt werden wird, aber ich bin auch einigermaßen informiert und ich weiß, daß von der Sowjetregierung hier in Deutschland unzählige Kommissionen durch Vertreter Verhandlungen führen. Daher müßten wir genau wissen, welche Stellen zu wirtschaftlichen Verhandlungen, Bestellungen, bevollmächtigt sind. Es müßte den Stellen, die bis jetzt die Verhandlungen geführt haben, diese Befugnis eingeschränkt oder genommen werden. Hier müßte eine bestimmte Klärung erfolgen.

L o s o w s k i: Daß die Delegation der Gewerkschaftsdelegierten Bestellungen macht, ist ausgeschlossen. Aber wenn unsere Delegation mit gewissen Ausführungen kommen wird, dann sind wir überzeugt, daß das, was wir vorschlagen, auch von der Sowjetregierung und unseren wirtschaftlichen Institutionen durchgeführt wird. Aber es ist ausgeschlossen, daß wir Bestellungen usw. machen.

A n z e l o w i t s c h (wird übersetzt) weist darauf hin, daß die Gewerkschaften in Rußland die ausschlaggebende Rolle in der Bestimmung der Wirtschaftspolitik spielen. Wir haben jetzt den Wunsch, festzustellen, welche Fehler berangen worden sind und welche Wege eingeschlagen werden sollen, um zum gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehr zu kommen. Deshalb schlagen wir vor, daß für die Zeit der Anwesenheit der Delegation eine Kommission gebildet wird, die stets zu erreichen wäre, um praktische Arbeit zu leisten.

L e g i e n: Die Kommission würde also den Organisationsplan aufstellen, wie die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen durchgeführt werden sollen. Die praktische Durchführung ist nachher Sache der Regierungsstellen. (Wird übersetzt.)

Damit sind wir jedenfalls einverstanden. Wir brauchen die Personen ja heute noch nicht zu bestimmen. Wir würden dann Schberg mit heranziehen. (Wird übersetzt.)

Dann können wir zur zweiten Frage kommen:

Die Auswanderung nach Rußland.

Vielleicht genügt es auch, wenn ich mitteile, was wir seitens des Gewerkschaftsbundes nach dieser Richtung getan haben. Wir haben vor einigen Wochen eine Sitzung gehabt, an der einige Leute aus Rußland, die in Rußland längere Zeit gelebt haben, teilgenommen haben. Darüber besteht ein Protokoll, das wir den russischen Genossen geben können. Das Ergebnis der Sitzung war, daß Rußland gegenwärtig Arbeitskräfte, auch industrielle Arbeitskräfte, kaum brauchen kann. Was Rußland jetzt brauchen kann, sind technische Leiter und Betriebsbeamte, die zunächst einmal den ganzen Fabrikationsbetrieb aufbauen. Zunächst sind wir dazu gekommen, die deutschen Arbeiter vor der Auswanderung nach Rußland zu warnen, weil alle Voraussetzungen für diese Auswanderung fehlen. Das hat ja auch das praktische Ergebnis der kleinen Truppe, die ausgewandert ist, bewiesen. — Das war schon vor diesem Beschluß. — Also, es soll erst einmal gewarnt werden und im übrigen soll die Auswanderung später

systematisch organisiert werden und zu diesem Zwecke soll zunächst eine Prüfung erfolgen, für welche Industrien und welche Teile von Rußland die Heranziehung technisch geschulter Kräfte notwendig ist. Es wurde dann gefragt, eine solche Prüfung kann aber nicht vorgenommen werden von Delegationen, die nicht mit genügenden Vollmachten ausgestattet sind. Die Leute, die dorthin geschickt werden, müssen von der deutschen Regierung Vollmacht haben und von der Sowjetregierung. Ich bekam den Auftrag in dieser Sitzung, mit dem Außenminister Simons darüber zu verhandeln, damit er sich mit der Sowjetregierung ins Einvernehmen setze, daß eine solche Kommission von Deutschen, die in Rußland gearbeitet haben, als Techniker, kaufmännische Angestellte usw., eine solche technisch-kaufmännische Kommission im Einverständnis mit der Sowjetregierung völlig freie Hand bekomme, in den einzelnen Teilen von Rußland die Sachlage zu prüfen und dann eine Auswanderung geschulter Arbeitskräfte, eventuell später auch landwirtschaftlicher Arbeiter — aber daran wird Rußland wohl keinen Mangel haben — ganz systematisch zu organisieren und sie nach den Bezirken zu leiten, wo die Leute wirklich gebraucht werden. — Das ist unser Plan, der in Vorbereitung ist und der, glaube ich, Ihre Zustimmung im großen und ganzen finden wird. Vorläufig warnen wir alle Arbeiter, nach Rußland blindlings auszuwandern. (Wird übersetzt.)

Angelowitsch (von Glanz übersetzt) fragt an, ob es bekannt ist, daß in Deutschland sich jetzt eine technisch-staatliche Kommission aufhält, die die Aufgabe hat, die Grundlagen für die Auswanderung nach Rußland festzustellen. Die Kommission besteht aus Vertretern des obersten Volkswirtschaftsrats der Gewerkschaften, des Arbeitskommissars, des Arbeitsministeriums und des Außenministeriums. Die Kommission hat den Zweck, sich mit den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen in Verbindung zu setzen, um die Feststellungen für die Auswanderung nach Rußland zu schaffen. In Betracht kommt nicht eine Einwanderung von Massen, sondern von einzelnen Personen. — Der Uebersetzer fügt hinzu: Es sei mir die Bemerkung gestattet, daß in der Räte-Zeitung eine große Ankündigung dieser Kommission erschienen ist und daß in derselben Nummer der Räte-Zeitung ein Brief aus Rußland veröffentlicht ist, in dem geschildert wird, daß man in Rußland im Schlafwagen fährt, daß dort ein Paradies ist. (Auf Wunsch des Genossen Rosowski wird diese Hinzufügung ins Russische übersetzt.)

Legien: Von einer solchen Kommission ist uns nichts bekannt. (Wird übersetzt.)

Rosowski: Ich glaube, es genügt, wenn der Uebersetzer nur übersetzt und unsere Verhandlungen uns fortsetzen läßt. Eine Massenauswanderung ist ausgeschlossen. Die Genossen glauben, daß Rußland ein Paradies ist und daß die Arbeiter, die von Deutschland kommen, ein Privileg haben. Diese Arbeiter glauben, daß wir die deutschen Arbeiter besserstellen würden als die russischen. Das ist selbstverständlich unmöglich und unlosisch. Rußland braucht vor allem Spezialisten, Techniker usw. für landwirtschaftliche Maschinen, für die Maschinen- und Elektrizitätsindustrie.

Die Kommission, die jetzt offiziell vom Arbeitsministerium nach Deutschland geschickt ist, ist jetzt in Berlin. Ich weiß nicht, ob sie schon mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund unterhandelt hat. (Wird verneint.) Also sie werden unterhandeln, um festzustellen die Bedingungen und die Form für die Einwanderung. Die russischen Gewerkschaften glauben, daß diese Frage nur durch die Gewerkschaftsorganisation gelöst werden kann. Genosse Legien sprach davon, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich an den Außenminister Simons gewandt hat, um eine technisch-kommerzielle Delegation nach Rußland zu schicken. Wenn es sich darum handelt, daß Arbeiter zu uns kommen, dann ist es gut, wenn aber die Frage so steht, ob eine kommerzielle Delegation, bei der Unternehmer sind, nach Rußland kommen soll, so ist das schon viel schwerer. Sie wissen, in Rußland sind schon verschiedene Delegationen von Gewerkschaften gewesen, so eine Kommission von englischen Gewerkschaften mit Vertretern verschiedener politischer Richtungen, jetzt ist eine Kommission aus der Tschecho-Slowakei abgereist, auch zusammengestellt aus politischen Richtungen. Also wenn es sich um eine Kommission von Gewerkschaften handelt, dann ist die Frage sehr leicht zu lösen. Aber die Frage ist schon nicht mehr leicht, sie ist unmöglich zu

lösen, wenn es sich handelt um eine kommerzielle Delegation. Das ist eine Frage des Friedens zwischen Deutschland und Rußland, eine internationale politische Frage, ob kommerzielle Delegationen nach Rußland gehen können. Dieselben Unterhandlungen haben zwischen Schweden und Rußland geschwebt. Das schwedische Ministerium hat uns die Erlaubnis, eine solche Delegation nach Schweden zu senden, nicht gegeben. Also ich will unterstreichen, die technische Kommission wird ja in offizielle Beziehung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund treten. Die Sache soll organisiert werden. — Was das anbelangt, daß in Rußland ein Paradies herrschen soll, so braucht man sich nur die ganze Presse anzusehen; nach einem Teil der Presse ist Rußland ein Paradies, nach einem anderen Teil eine Art Hölle. Wir werden darüber diskutieren bei der Frage der Informationen über die gegenseitigen Verhältnisse.

Regien: Diese von Rußland hierher gesandte technische Kommission kann uns für die Beurteilung der Frage, wie die Auswanderung von Deutschland nach Rußland zu gestalten ist, nicht viel nützen. Auch Delegationen, die in Rußland gewesen sind, aber mit der Sprache nicht vertraut sind, das ganze Wirtschaftsleben nicht kennen, können uns nichts nützen. Wie sollen sich denn die Leute, wenn sie auch wirklich vier, fünf Wochen dort sind, ein Urteil über die ganzen Verhältnisse bilden, wenn ihnen alle Voraussetzungen dafür fehlen. Wir müssen daher eine Delegation zusammenstellen von Leuten, die früher in Rußland tätig gewesen sind, die das Wirtschaftsleben in Rußland kennen, die die Sprache beherrschen, so daß sie sich selbst informieren können. Eine solche Delegation wollen wir herbeiführen, und zwar im Einverständnis mit unserer Regierung. — Die Sache ist aber noch gar nicht eingeleitet, ich habe bis jetzt nur den Auftrag, mit Simons zu verhandeln. Das wird also erst noch geschehen. Ob noch Wochen oder Monate darüber hinziehen, kann ich noch nicht sagen. Ich habe mit dem Minister noch nicht reden können. Wir werden uns auf die Zusammensetzung der Delegation selbstverständlich entscheidenden Einfluß sichern. Es wird aber nicht eine rein gewerkschaftliche Kommission sein, sondern eine offizielle Regierungskommission, die mit den nötigen Vollmachten versehen ist. Wenn Sie von Regierungen wegen eine Delegation nach Deutschland schicken, von der Sowjetregierung, dann muß auch unsere Regierung das Recht haben, eine solche Kommission zu entsenden. Es ist, wie gesagt, selbstverständlich, daß wir uns auf die Zusammensetzung dieser Delegation den entscheidenden Einfluß sichern werden, sonst würden wir nicht zustimmen. (Wird übersezt.)

Angelotitsch (von Glanz übersezt): Die Gewerkschaftsdelegation kann nur das machen, was in ihrer Kompetenz ist, die Verbindung zwischen den Gewerkschaften. Einer Delegation der Gewerkschaften werden alle Wege geöffnet werden. Was aber eine solche Delegation anbetrifft, wie sie vom Genossen Regien geschildert ist, so übersteigt die Entscheidung dieser Frage die Kompetenz und das Urteil dieser Delegation. — Ferner findet der Redner, daß es unpassend wäre, eine Delegation, die die Aufgabe hat, Arbeiterfragen zu erforschen, aus Nichtarbeitern zu bestehen, eine gemischte Delegation. Wenn umgekehrt eine derartig gemischte Delegation aus Rußland käme, so wäre das verständlich, weil Rußland ein sozialistisches Regime hat und die Mitglieder der Delegation unter der Macht der Regierung stehen. Kommt aber eine solche gemischte Delegation aus Deutschland, so ist das etwas ganz anderes. In Deutschland sei die Arbeiterklasse noch machtlos und habe nicht den Einfluß, den die Arbeiterschaft in Rußland habe. Der Redner betont weiter, daß für die Einreise einer Arbeiterdelegation, wie die jetzt in Rußland weilende Delegation der Berliner Metallarbeiter (Regien: Der Gewerkschaftskommission!) alle Wege offen seien. Ferner müsse noch in Betracht gezogen werden, daß zur Lieferung von Maschinen, die jetzt in Arbeit sind, eine große Anzahl von Monteuren usw. einreisen müßten. Dann würde es notwendig sein, mit der russischen Delegation, die hier weilt, in Fühlung zu treten, um mit ihr zu verhandeln.

Losowskij: Sie sagen, daß man Leute nach Rußland schicken will, die die Verhältnisse in Rußland kennen und die die Sprache kennen. Aber es gibt verschiedene Fabrikanten, welche in Rußland ihr Geschäft gehabt haben und die von Rußland expropriert sind, ihre Fabriken usw. Es wird viel besser sein, für die Beziehungen

zwischen den russischen und deutschen Gewerkschaften, wenn in einer solchen kommerziellen, Finanz- und Bankierskommission die Gewerkschaften nicht ihre Vertreter haben.

Legien: Wenn die hier erwähnte russische technische Kommission sich an uns wenden wird, werden wir gern bereit sein, mit ihr zu verhandeln. Im übrigen hat die von uns zu entsendende Kommission lediglich die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen deutsche Arbeitskräfte nach Rußland überfiedelt werden können. Da müssen wir uns schon die Zusammensetzung der Kommission, wie wir sie für richtig halten, vorbehalten. Ich habe bereits erklärt, wir werden entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung dieser Kommission ausüben. Sie sind im Frltum, wenn Sie annehmen, daß der Einfluß unserer Arbeiterorganisationen in Deutschland so gering ist. Er ist unter der bürgerlichen Regierung vielleicht viel größer als er bei einer sozialistischen Regierung wäre. Wir können heute viel mehr durchsetzen, wenn wir es wollen. Heute haben wir eine Sitzung beim Reichspräsidenten mit dem ganzen Kabinett wegen der Beschwerden aus der Arbeiterschaft. Da wird es sich wieder zeigen. Also das müssen Sie schon uns überlassen; genau so, wie Sie entscheiden über die Zusammensetzung Ihrer Delegation. Da machen wir Ihnen keine Vorschriften, wie wir überhaupt keine Vorschriften in bezug auf das politische System einem anderen Lande machen. Das muß jedes Land so machen, wie es für seine Verhältnisse notwendig ist. Da lassen wir uns auch nicht hineinreden. Im übrigen werden wir uns schon verständigen. Mit der Kommission, die von uns entsandt werden wird, werden Sie sehr gut in Beziehung treten können, aber die Sache schwebt ja noch in der Luft, die Verhandlung mit Simons hat noch gar nicht stattgefunden, wir können das also vorläufig noch zurückstellen. Jedenfalls sehen Sie auch hier, daß wir bemüht sind, ein Einverständnis mit der russischen und deutschen Arbeiterschaft herbeizuführen dahin, daß die Auswanderung nicht blindlings aufgenommen wird, sondern genau die Voraussetzungen für die Auswanderungen geprüft werden und eine gewisse Organisation geschaffen wird.

Wir hätten dann noch die Frage der Kontrolle der Munitionsendungen und der gegenseitigen Information über die Gewerkschaftsbewegung zu erledigen, ich würde aber bitten, für heute die Verhandlungen abzubreaken. (Zustimmung.) Wir können vielleicht in der zweitnächsten Woche wieder zusammenkommen.

Auf Vorschlag vom Genossen Losowski werden noch die Mitglieder der Kommission bestimmt. Von russischer Seite nehmen daran teil: Losowski und Angelowitsch, von deutscher Seite: Cohen, Umbreit, Graßmann, Brunner.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr.

Der Verlauf dieser Sitzung dürfte kaum den Wünschen der russischen Gewerkschaftsvertreter entsprochen haben. Weitere Verhandlungen kamen nicht zustande. Die Delegation schickte ein Schreiben, das mit der Antwort des Bundesvorstandes hier wiedergegeben ist:

Russischer Gewerkschaftszentralrat.

Delegation

der Gewerkschaften der R. S. F. S. R.
nach Westeuropa.

Berlin, den 11. Oktober 1920.

An den Allgemeinen Gewerkschaftsbund,

Berlin, Engelshfer.

Werte Kollegen!

Die in unserer gemeinsamen Sitzung gewählte Kommission aus Vertretern der Russischen Gewerkschaftsdelegation und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Deutschlands wird ihre Arbeit wohl nicht erfüllen können. In der Sitzung vom 2. Oktober verabredeten wir, daß die Kommission nach dem Betriebsrätekongreß ihre Arbeit beginnen soll. Gestern erhielten wir aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung, daß wir am 14. Oktober, d. h. am nächsten Donnerstag, Deutschland ver-

lassen müßten. Den Mitgliedern der russischen Gewerkschaftsdelegation tut es aufrichtig leid, daß es ihnen — natürlich nicht durch ihre Schuld — nicht gelungen ist, die begonnenen Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu Ende zu führen. Die russischen Gewerkschaften haben ein lebhaftes Interesse für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und für die Kontrolle des Warenaustausches durch die deutschen Gewerkschaften. Wir werden die von Euch in unserer Sitzung erhaltenen — natürlich nicht ausreichenden — Mitteilungen über die Gründung der Oekonomiegesellschaft an die Gewerkschaften Rußlands weitergeben. Die Verhandlungen aber müssen wir auf eine Zeit verschieben, wo das Auswärtige Amt und die Polizei die russischen Delegationen unbehelligt lassen werden. Selbstverständlich kann eine solche gewaltsame Unterbrechung unserer Verhandlungen die Wiederherstellung der normalen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nur erschweren, aber — Eure Regierung weiß wohl, was sie tut.

Mit kollegialem Gruß

für die russische Gewerkschaftsdelegation gez. N. Rosowski.

Berlin, den 13. Oktober 1920.

An die
russische Gewerkschaftsdelegation, zu Händen des Herrn N. Rosowski,

Berlin NW., Hotel Warschauer Hof.

Werte Kollegen!

Nach Eingang Ihres Schreibens vom 11. d. M. hatten wir sofort eine Rücksprache mit dem deutschen Auswärtigen Amt in Aussicht genommen, mit dem Zweck, wenn möglich, für Sie eine Verlängerung Ihrer Aufenthaltserlaubnis zu bewirken. Von dieser unserer Absicht setzten wir noch am selben Tage den bei uns telephonisch anfragenden Genossen Brandler in Kenntnis. Bei unserer Besprechung gestern im Auswärtigen Amt haben wir versucht, eine Verlängerung der Bewilligung Ihres Aufenthaltes in Deutschland durchzusetzen, und das namentlich mit Ihrem im Schreiben vom 11. d. M. bekundeten Wunsch begründet, die begonnenen Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu einem gedeihlichen Ende zu bringen. Im Auswärtigen Amt wurde uns erklärt, daß in der Ihnen gewordenen Behandlung durch die Behörden ein unferundlicher Akt nicht erblickt werden könnte. Die Ihnen bei Beginn Ihrer Einreise bewilligte Frist von vier Wochen sei als ausreichend zu betrachten, um die von Ihnen beabsichtigten Geschäfte abzuschließen. In allen ähnlichen Fällen würde genau so verfahren. Zudem stehe die von Ihnen gegebene Begründung für eine Fristverlängerung Ihres Aufenthaltes nicht im Einklang mit einer solchen, die in Ihrem Namen der Genosse Koenen vor wenigen Tagen im Auswärtigen Amt aus dem gleichen Anlaß gegeben hat. Genosse Koenen habe die Zustimmung zur Verlängerung Ihres Aufenthaltes in Deutschland damit begründet, daß Sie hier in Deutschland die Genehmigung der italienischen Regierung zur Einreise nach Italien abwarten wollten. Aus diesem Grunde sei die Ihnen gewährte Frist auch um weitere fünf Tage verlängert worden. Weiter ließ sich in der Sache nichts tun.

Dies der Tatbestand, an dem etwas zu ändern uns nicht möglich war. Wir bedauern ebenfalls, daß die am 2. Oktober 1920 aufgenommenen Verhandlungen für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland unter Mitwirkung bzw. Kontrolle der Gewerkschaften ein frühzeitiges Ende erreichten. Wir möchten aber nicht unausgesprochen lassen, daß wir hieran keine Schuld tragen und daß, menschlicher Voraussicht nach, die Wiederanbahnung der Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft beider Länder ein erkleckliches Stück weiter gekommen wäre, wenn Sie gleich nach Ihrer Ankunft in Deutschland uns aufgesucht hätten. Das ist bekanntlich nicht geschehen. Sie haben vielmehr erst in den letzten Tagen des September den Wunsch ausgedrückt, mit uns zusammenzutreffen. Unverständlich erscheint uns das in Ihrem Schreiben vom

11. d. M. ausgedrückte Bedauern über den jähen Abbruch Ihres Aufenthaltes in Deutschland durch die deutschen Behörden, wenn man in Betracht zieht, daß Sie sich bereits Ausgang der vorigen Woche mit dem Gedanken trugen, nach Italien zu reisen. Sie haben weder schriftlich noch mündlich in den Verhandlungen am 2. Oktober irgendwie diese Absicht zu erkennen gegeben, uns vielmehr in dem Glauben gelassen, daß die in den Verhandlungen am 2. Oktober beiderseits eingesetzte kleine Kommission unmittelbar nach Beendigung des Betriebsrätekongresses ihre Arbeiten zwecks Wiederanbahnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern beginnen könnte. Mit diesem uns aufgezwungenen Eindruck ist schlechterdings unvereinbar Ihre dem Auswärtigen Amt gegenüber kundgegebene Absicht, Deutschland zu verlassen, so daß wir im Augenblick nicht abzusehen vermögen, welchen von beiden Wünschen Sie eigentlich verwirklichen wollten. Sie werden es daher verstehen, wenn sich an diese uns unbegreiflichen Zwiespältigkeiten gewisse Schlußfolgerungen knüpfen, die wir im Interesse der Sache gern vermieden hätten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

gez. Graßmann.

Einschreiben.

Durch Eilboten bestellen.

* * *

Die auf dem Dampfer in Hamburg mit Sosnowski eingetroffene Delegation zählte aber weit mehr als fünf Personen, wie voraus gemeldet war, und es entstanden weitere Schwierigkeiten. Aus den verschiedensten Orten liefen beim Bundesvorstand Telegramme unserer Ortsausschüsse ein, die eine Befürwortung der Einreiseerlaubnis verlangten. Es seien hier nur die Hamburger Telegramme und die Antwort auf das letzte Telegramm wiedergegeben.

Abchrift.

Telegramm aus Hamburg vom 14. September 1920.

„Delegation der Allgemeinen russischen Gewerkschaften wird nach uns gewordener Mitteilung Einreiseerlaubnis in Deutschland teilweise verweigert. Hiesiger Ortsauschuß verlangt, daß Gewerkschaftsbund aus grundsätzlichen Gründen Einreiseerlaubnis für alle Delegierten erwirkt und ersuchen beim Außenministerium sofort entsprechend einzuwirken.

Vorstand Ortsauschuß Hamburg-Altona.“

Telegramm aus Hamburg vom 27. September 1920.

„Russische Delegation hier eingetroffen. Dem Begleitpersonal Dolmetschern Fineberg, Scheutoff, dem Krankenkassensekretär Kulischoff, Stenotypistinnen Andriabzewa, Meiseba, Janousschewskaja, wird das Betreten deutschen Bodens verweigert, gleichfalls dem Schiffspersonal. Die Delegierten nebst Begleitpersonal haben kein Visum für Berlin erhalten; bitte beim Auswärtigen Amt Schritte unternehmen, damit Visum und Einreiseerlaubnis für Delegation nebst Begleitpersonal für Berlin erteilt sowie Schiffspersonal Betreten des hiesigen Wirtschaftsgebietes erlaubt wird.

Vorstand des Ortsausschusses vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für Hamburg-Altona und Umgegend. Zuetge.“

Telegramm aus Hamburg vom 9. Oktober 1920.

„Russischer Gewerkschaftsdelegierter Sosnowski sollte heute Versammlung Betriebsräte, Afa und Bund reden. Unabhängiges Bürgerchaftsmitglied Thelmann teilt Versammlung mit, daß Sosnowski von drei Polizisten überfallen und Berichte über deutsche Gewerkschaftsbewegung beschlagnahmt sind. Wichtigkeit der Thelmann-Mitteilung vorausgesetzt, sieht Versammlung darin Verletzung des gewährten Gastrechts und versucht, aus Prinzip sofort energisch bei zuständigen Stellen zu protestieren. Afa benachrichtigen. Ortsauschuß Hamburg.“

An den
Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Hamburg.

Werte Genossen!

Euer Telegramm vom 9. Oktober 1920 über die Darlegungen des Bürgerchaftsmitgliedes Thelmann von der Unabhängigen Partei in der Betriebsräteversammlung der Afa und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gab mir Veranlassung, gestern im Auswärtigen Amt nachzufragen. Die Darlegung stimmt in keinem Betracht. Vielmehr ist mir folgende authentische Erklärung gegeben worden:

In dem Berliner Hotel, in dem die russische Gewerkschaftsdelegation abgefliegen war, herrschte ein auffällig starker Verkehr, was den mit der Ueberwachung Fremder betrauten Behörden Veranlassung gab, einige Beamte zur Delegation zu schicken, um diese um Gewährung der Einsichtnahme der Pässe zu ersuchen. Das ist ohne irgendwelche Verletzung der internationalen Höflichkeit geschehen; von einem „Ueberfall“ Sosnowskis durch drei Polizisten und der „Beschlagnahme“ von Berichten über die deutsche Gewerkschaftsbewegung könne gar keine Rede sein. Hingzu kommt noch, daß die Russen erst in der zweiten Hälfte ihres Aufenthaltes Fühlung mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes suchten, daß am 2. Oktober eine gemeinsame Sitzung stattfand, mit dem Zweck, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland auf gewerkschaftlicher Grundlage aufzubauen, und daß uns, als die Frist der Aufenthaltbewilligung für die Russen abgelaufen war, und wir ersucht wurden, für eine Verlängerung dieser Frist beim Auswärtigen Amt zu wirken, um diese wirtschaftlichen Verhandlungen nicht ins Stocken kommen zu lassen, uns im Auswärtigen Amt erklärt wurde, die russische Delegation habe Ende voriger Woche eine Fristverlängerung nachgesucht, mit der Begründung, hier in Deutschland den Eingang der Zustimmungserklärung der italienischen Regierung zur Einreise nach Italien abzuwarten. Diesem Begehren seit entsprechen worden, indem man die Aufenthaltbewilligung um fünf Tage verlängerte. Eine weitere Verlängerung der Frist sei jedoch unmöglich. Wir halten es für notwendig, Euch von diesem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen, damit Ihr ähnlichen irrigen Mitteilungen in der Öffentlichkeit, wie sie Thelmann gab, entsprechend entgegentreten könnt.

Ueber das Verhalten der Delegierten selbst wird späterhin noch ein Mehreres zu reden sein.

Mit Gruß!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Auch der Betriebsräte Kongreß beschloß ein Eintreten für die nicht ins Land gelassenen Vertreter aus Rußland. Das Bureau des Kongresses schrieb dann:

5. Oktober 20.

An

das Auswärtige Amt,

Berlin W.

Der zurzeit in Berlin in der „Neuen Welt“, Gasenheide, tagende Reichskongreß der Betriebsräte Deutschlands hat soeben beschlossen, die Reichsregierung dringend zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß den zurzeit auf dem „Sobotnik“ festgehaltenen russischen Gewerkschaftsdelegierten Jeschuloff, Kulischoff und Feinberg die Einreiseerlaubnis in das deutsche Reichsgebiet erteilt wird.

Namens der Kongreßleitung geben wir diesen Beschluß dem Auswärtigen Amt hiermit bekannt, in der Erwartung, daß das Notwendige veranlaßt und den vorgenannten russischen Gewerkschaftsdelegierten die Einreiseerlaubnis erteilt wird.

Für das Bureau des Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands:

gez. Grafmann.

Einschreiben.

Durch Eilboten.

Darauf traf folgender Bescheid ein:

Auswärtiges Amt.

Nr. IV. Nu. 6761.

Berlin, den 14. Oktober 1920.

Auf das gefällige Schreiben vom 5. d. M. wird ergebenst mitgeteilt, daß die russischen Gewerkschaftsdelegierten Kullischoff und Feinberg, für die die Einreiseerlaubnis nach TschechoSlowakien vorlag, die Durchreiseerlaubnis durch Deutschland erhalten haben. Die in Frage kommenden Delegierten sind bereits nach Prag unterwegs.

Im Auftrage: Unterschrift.

An den

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,

Berlin S.O. 16.

* * *

Ein Telegramm aus Moskau vom 21. Oktober 1920:

An die Berliner Arbeiterschaft!

Genossen! Ihr habt wohl schon Kunde erhalten von der in Moskau unter dem Namen „Provisorischer internationaler Rat der Gewerkschaften“ gegründeten Vereinigung der roten Gewerkschaften.

Wir hoffen, daß die zurzeit in Eurem Lande weilende Delegation der russischen Gewerkschaften die Möglichkeit haben wird, über das Ziel und die Aufgaben der gesamten Organisation, deren Bestandteil auch die Moskauer Gewerkschaften sind, Euch zu unterrichten.

Ueber diese Organisation wird Euch auch die Delegation der Berliner Gewerkschaften, die kürzlich Moskau besuchte, genaue Aufklärung geben. Leider waren die Vertreter der Berliner Gewerkschaften nicht entschlossen genug, die Frage des Beitritts zum internationalen Rat der roten Gewerkschaften endgültig zu entscheiden, trotzdem sie sich in ihrem auf dem Gewerkschaftskongreß des Gouvernements Moskau gemachten Äußerungen mit den Moskauer Gewerkschaften solidarisch erklärten.

Nicht genug, daß die Vertreter des Berliner Proletariats aus rein formalen Rücksichten sich nicht entschließen konnten, der roten Gewerkschaftsinternationale beizutreten, lehnten sie ebenfalls aus rein formalen Gründen den vom Generalsekretär der roten Gewerkschaftsinternationale, Genossen Lomski, gemachten Vorschlag ab, die Verbreitung der Drucksachen des internationalen Rates unter der deutschen Arbeiterschaft zu unterstützen.

Wir können die platonische Zuneigung sowie den übertriebenen, nicht zeitgemäßen Formalismus der Berliner Gewerkschaftsvertreter gegenüber der roten Gewerkschaftsinternationale nicht begreifen.

Genossen! Wir leben in einer Zeit des unerbittlichsten Klassenkampfes. Die verfaulte kapitalistische Welt fühlt das Herannahen ihres Unterganges. Aber sie ist nicht gewillt, ihre Privilegien ohne (Hier ist eine Lücke im Text.)

Die Führer der politischen Arbeiterpartei und Gewerkschaften stellten sich während des Krieges direkt oder indirekt auf die Seite des schlimmsten Feindes der Arbeiterklasse, auf die Seite der Bourgeoisie.

Unter diesen Umständen ist der Kampf der Arbeiterklasse, die bestrebt ist, gegen ihre Unterdrücker einen vernichtenden Schlag zu verfehen, außerordentlich schwer und wird noch mehr erschwert durch die reformistische Politik der alten Führer der Arbeiterorganisationen, welche den revolutionären Drang der breiten Massen töten.

Die Krise des Kapitalismus stellte der Arbeiterklasse die grundsätzliche Aufgabe der Machteroberung. Jeder Versuch der Führer der gelben Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der heute wie Legion, Comperz, Souhaig und dergleichen mit sich . . . , die sich auf die längst vermoderte Zweite Internationale und den Völkerbund stützen, die revolutionäre Bewegung in das Fahrwasser der Gesetzlichkeit

und der Ordnung des bürgerlichen parlamentarischen Staates zu lenken, verzögert nur den unausbleiblichen Sieg über den Kapitalismus.

Genossen! Im Augenblick der entscheidenden Klassenkämpfe benötigt das Proletariat einen schlagfertigen, revolutionären Stab. Daher ist es die Hauptaufgabe des Internationalen Rates der roten Gewerkschaften, alle ehrlichen, revolutionären, proletarischen Elemente zu sammeln, um einen gewaltigen Stahlblock zu schaffen, der die immer noch feste Mauer des Kapitalismus durchbrechen wird.

Dem Aufrufe des provisorischen Rates an die Gewerkschaften aller Länder, mit der Aufforderung, sich um die Internationale der roten Gewerkschaften zu scharen, sind eine Reihe von Ländern gefolgt. Von den Gewerkschaften Gures Landes hat sich bis jetzt nur die freie Arbeiterunion Deutschlands der roten Internationale der Gewerkschaften angeschlossen, trotz des Protestes Gurer Vertreter.

Es ist möglich, daß die Taktik der deutschen Syndikalisten, vom Standpunkte Gurer Gewerkschaften aus, unrichtig ist — diese Frage wollen wir jetzt nicht untersuchen —, aber die Syndikalisten haben jetzt den Weg des offenen und aufrichtigen Kampfes gegen den Reformismus und die Verftändigungspolitik, gegen Guren Regien und gegen die Regiens aller Länder, verkörpert durch die gelbe Amsterdamer Internationale, betreten. Sie haben ohne Schwanken die Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes aufgenommen und sind in die kampfesfrohe rote Gewerkschaftsinternationale eingetreten; ihre Sympathien und Antipathien sind tatkräftig. In der Epoche der sozialen Revolution fordert der Klassenkampf die höchste Anstrengung aller Kräfte, und jede revolutionäre Gruppe ist eine wertvolle Unterstützung unserer Kampffreiheit. Um die Kapitalisten und ihre Vasallen, die Reformisten, zu besiegen, bedarf es der Zusammenschmelzung aller revolutionären Elemente in der Gewerkschaftsbewegung.

Genossen! Die Unschlüssigkeit eines Teiles Gurer Führer ist ebenso verhängnisvoll für die Sache der proletarischen Revolution, wie der Verrat des andern Teils. Jetzt habt Ihr revolutionären Arbeiter Berlins das entscheidende Wort. Amsterdam oder Moskau. Der Moskauer Rat der Gewerkschaften ist überzeugt, daß Ihr durch Guren revolutionären Entschluß Gure Führer zwingen werdet, den Weg des revolutionären Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats zu betreten.

Mit revolutionärem Brudergruß

Stellvertretender des Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates des Goub. Moskau.
gez. Shelto.

Sekretär des Gewerkschaftsrates des Goub. Moskau.
gez. Wrisstin.

* * *

Das in Paris erscheinende russische Blatt „La Republique Russe“ brachte in seiner Nummer 17, Jahrgang 1920, folgenden Ratschrei einer terrorisierten nicht-bolschewistischen Gewerkschaft:

Aufruf des Moskauer Buchdruckerverbandes an das internationale Proletariat.

Der Verband der Moskauer Buchdrucker war die letzte gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, die den Grundsätzen der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und ihrer Existenz lediglich als Massenorganisation treugeblieben war.

Der Verband der Buchdrucker vertrat diese Grundsätze, weil eine gewerkschaftliche Organisation sich Organen der Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen weder unterwerfen noch ihnen ähnlich werden kann, solange das Privateigentum nicht abgeschafft ist, solange der Staat den größten, wenn nicht den einzigen Unternehmer darstellt, solange der Verkauf und der Kauf der Arbeitskraft in seiner überrückelten Form beibehalten wird, mit einem Worte: solange unabhängige, von jedem Drucke anderer Klassen freie Organe zum Zwecke der Verteidigung und des Schutzes der Arbeit unerlässlich sind.

Die ganze Wirkungsweise der Sowjetregierung während der drei Jahre ihrer Existenz auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik ist ein schlagendes Beispiel für die Notwendigkeit dieser Idee.

Die Gewerkschaft der Moskauer Buchdrucker hielt es für unerlässlich, in den Reihen des Proletariats einen Ideenkampf gegen die Ungehörlichkeiten auf wirtschaftlichem, politischem und verwaltungstechnischem Gebiete zu führen, die von der herrschenden Partei begangen werden.

Wegen dieser Stellungnahme, wegen dieses grundsätzlichen Kampfes haßten die Kommunisten die Buchdrucker in einer Weise, die selbst ihren Haß gegen die zurzeit in Rußland enteignete Bourgeoisie und gegen das Unternehmertum übertraf.

Die Kommunisten strecken eine Hand aus nach gegenrevolutionären Elementen, wie den Generalen aus zaristischen Zeiten Bruffiloff und Goutor, und wappnen sich zur anderen Hand mit allen möglichen Ausnahmegesetzen gegen die Sozialisten; sie unterdrücken mit aller Macht eine Gruppe von Proletariern, deren ganzes Verbrechen darin besteht, daß sie die Kühnheit gehabt haben, nicht nach den kommunistischen Grundsätzen zu denken, die ihnen von der herrschenden Partei vorgelegt worden sind.

Die „Kühnheit“ dieser Gruppe von Proletariern erreichte einen für die Herren der Situation unerträglichen Grad, als die Vertreter der englischen Arbeiter in Rußland erschienen und die Buchdrucker eine allgemeine Versammlung veranstaltet hatten, wo man sich nicht an Lobes- und Ehrenhymnen auf die kommunistische Partei betraugte, sondern wo mit lauter Stimme die reine Wahrheit über die wirklichen Verhältnisse in Sowjetrußland verkündet wurde.

Die über diese Versammlung erzürmten Kommunisten begannen die Buchdrucker zu verfolgen. Es gibt keine Lüge und keine Verleumdung, vor der sie zurückgeschreckt wären, um ihr Ziel zu erreichen, und dieses Ziel bestand darin, die öffentliche Meinung zu bearbeiten, um sie auf die kräftigen Schläge vorzubereiten, die sie dem Buchdruckerverbände zugebracht hatten. Es war den Kommunisten nicht schwer, diese Schläge auszuführen, denn die Buchdrucker, ebenso wie alle anderen russischen Arbeiter, sind der Möglichkeit beraubt, etwas drucken zu können, was den Kommunisten mißfällt. Der Genosse Jawcharoff wurde verhaftet, weil er die Resolution der öffentlichen Versammlung gedruckt hatte, der die englischen Genossen beigewohnt hatten. Man hat dem Buchdruckerverbände verboten, das Stenogramm der Versammlung drucken zu lassen. Die unabhängigen Gewerkschaften wurden samt und sonders ihrer eigenen Zeitungen und Blätter beraubt.

Die Kommunisten beschloffen, die Buchdrucker streng zu bestrafen, besonders weil sie nicht die Möglichkeit hatten, die Meinung der Arbeiter und Angestellten anderer Berufe der der Buchdrucker gegenüberzustellen. Die herrschende Partei würde ohne jeden Zweifel in einer freien Versammlung, wo die beiden Gesichtspunkte — der der Kommunisten und der der Opposition — ehrlich miteinander hätte kämpfen können, eine Niederlage erlitten haben. Das ist der Grund, weshalb man die Methode feierlicher Versammlungen der verschiedenen Institutionen zwangsweise durchführt, die sozusagen eine Vertretung des Proletariats darstellen — eine wirkliche Vertretung gibt es in Rußland schon lange nicht mehr. Auf diesen Konferenzen donnerte man den Bannfluch gegen die Buchdrucker. So wurde die „Allgemeine Konferenz“ der Petersburger Buchdrucker organisiert, die sozusagen „einmütig“ eine Resolution gegen die Moskauer Buchdrucker unterschmetterte.

Der Wert der „Einmütigkeit“ solcher bestellter Konferenzen, während welcher unter der Bedrohung mit schrecklicher Vergeltung die Vertreter der proletarischen Opposition der Möglichkeit beraubt sind, die Wahrheit zu sagen, ist jedem russischen Arbeiter wohlbekannt. Aus diesem selben Grunde veröffentlichten die Zeitungen der Regierung gegen die Buchdrucker-Gewerkschaft die unsinnige und dumme Beschuldigung, daß sie dazu neige, zu Streiks aufzureizen. Die Buchdrucker bedurften der Streiks weniger als andere Arbeitergruppen in Rußland, dank der Tatsache, daß sie eine feste und solide Organisation hatten. Die Arbeiter vieler anderer Industrie-

zweige wurden im Gegensatz dazu durch die Verzweiflung zu zahlreichen Streiks getrieben, die dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Rußland schädlich sind. Sie wurden durch ihre aussichtslose Lage dazu getrieben. . . . Dasselbe Bestreben machte sich zwar bei der Masse der Moskauer Buchdrucker geltend, aber diese Bewegung wurde gewöhnlich von den Leitern des Buchdruckerverbandes zurückgehalten. Im Gegensatz dazu haben die wirtschaftlichen Organe der polygraphischen Produktion und mit ihnen die zehn Zentren des Buchdruckgewerbes in Rußland die Arbeiter nur entnervt und stumpfsinnig gemacht. Sie beschäftigten sich mit der Sache lediglich formal, sie vernachlässigten in verbrecherischer Weise die Fragen der Ernährung, des Tarifs und der Lebensmittelversorgung der Buchdrucker, die, ausgehungert, wie sie waren, in ihrem Elend die äußerste Grenze der Geduld erreichten.

Also ist es klar, daß es nicht der Vorstand des Buchdruckerverbandes war, der zum Streik hegte.

Fast einen Monat lang bearbeiteten die Kommunisten mit Hilfe ihres Monopols die öffentliche Meinung. Sie logen und verleumdeten ohne Scham. Schließlich verhafteten sie in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni sämtliche Vorstandsmitglieder des Buchdruckerverbandes und ferner alle, die im Verbandsrat sonst noch wichtige Posten bekleideten, mit Ausnahme derer, die Zeit hatten, sich zu verbergen. Am Morgen des 18. Juni war das Lokal des Verbandes von der bewaffneten Macht der Regierung besetzt und alle, die aus irgendeinem Grunde sich das Mißfallen der Kommunisten zugezogen hatten, wurden verhaftet.

Zu gleicher Zeit wurden in den Wohnungen der Verbandsangestellten Haus-suchungen vorgenommen.

Diese neue Willkürtat gegen die Arbeiterklasse hat alle Buchdrucker Moskaus verärgert und aufgebracht. Sie verstanden vollkommen, daß der Verbandsvorstand nur das ausführende Organ aller Mitglieder des Verbandes war, besonders weil er zum Unterschied von den Vorständen aller anderen Verbände und der Regierungsorgane durch allgemeines Stimmrecht gewählt worden war.

Ein Teil der Arbeiter legte die Arbeit nieder und forderte die Befreiung der Verhafteten. Die Herren der Situation wandten gegen die Streikenden Zwangsmittel an, wie die Bourgeoisie aller Länder sie wohl träumt, aber nicht anzuwenden mag. Die Entziehung der Lebensmittel, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegen die ausgehungerten Leute die härteste Maßregel ist, wurde angewandt. Gleichzeitig wurden die Verhaftungen angeblicher Streikleiter fortgesetzt. Diese beiden Maßnahmen erreichten ihren Zweck. Die Streikenden kehrten zur Arbeit zurück und vielleicht werden sie unter dem Druck ähnlicher Maßnahmen bald gezwungen werden, sogar Entrüstungsresolutionen gegen diejenigen anzunehmen, die sie so weit gebracht haben. Der Haß der Moskauer Buchdrucker gegen die Urheber dieser schmachvollen Unterdrückung verminderte sich nicht; im Gegenteil wuchs er mit jedem weiteren Tage und es würde ein schwacher Hauch der freien Atmosphäre genügt haben, um die Inquisitoren aus der Mitte der Buchdrucker zu vertreiben.

Indem die streikenden Buchdrucker sich an die internationale Arbeiterbewegung wenden, erklären sie: gebrochen von roher, physischer Gewalt, wenden sie sich an die einzige Macht, die eine moralische Bedeutung für sie hat: an die moralische Kraft der internationalen Arbeiterbewegung. Die kämpfenden Buchdrucker erklären, der internationalen Arbeiterbewegung den Beweis führen zu können, daß sie im Rechte sind und nicht die Kommunisten.

Die streikenden Buchdrucker erklären, daß der ihnen gewaltsam aufgezwungene neue Verbandsvorstand keinen Einfluß und keine Autorität bei den breiten Arbeitermassen hat, daß im Gegenteil deren Sympathien und deren Freundschaft auf der Seite derjenigen sind, die sich im Gefängnis befinden, bei den alten Führern des Moskauer Buchdruckerverbandes.

Die bolschewistische Regierung trachtet vielleicht danach, einen Prozeß in Szene zu setzen, ähnlich wie der Ritualprozeß zu Wellis, der während der Zarenherrschaft

einen so starken Widerhall fand, aber als einzige Richter könnten nur die Moskauer Buchdrucker und die internationale sozialistische Bewegung in Betracht kommen.

Ein Urteil der kommunistischen Partei wäre ein Urteil der interessierten Partei, eines Gegners, der sich zum Richter über seine politischen Feinde aufwirft. Aber die Bolschewisten verstehen selbst das nicht einmal.

Um so schlimmer für sie.

Aber die Arbeiter- und Sozialisteninternationale wird es verstehen! . . .

Dabon sind die Moskauer Buchdrucker und die ganze russische Arbeiterklasse überzeugt!

(Mitglieder des Vorstandes vom Moskauer Buchdruckerverband, gewählt auf Grund des Stimmrechts der Mitglieder.)

Wormarts
Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Berlin SW 68